Repertorium

über alle

von 1864 bis incl. 1869 ergangenen, in den Gesetz- und Regierungs-blättern enthaltenen

Gesetze, Verordnungen, k. Entschließungen, Bekanntmachungen der k. Staatsministerien u. s. w.

nach

der in den erwähnten Blättern beobachteten Reihenfolge und unter Anführung der bezüglich derselben erschienenen Commentare, Abhandlungen u. s. w.

von

einem praktischen Juristen.

(Bildet zugleich die Fortsetzung zu Hauff's Repertorium, das den Zeitraum von 1818—1863 umfaßt.)

München, 1870.

Verlag von E. H. Gummi.

I. Abtheilung:

Gesetzblätter.

Gesetzblatt von 1865.

(Im Jahre 1864 erschien kein Gesetzblatt.)

Die Ziffern bedeuten die Seitenzahlen.

2. Mai 1865. **Kgl. Allerhöchste Declaration**, die Zoll- und Handelsverhältnisse betr. 45—50.

4. Juni. **Gesetz**, die Behandlung der Gesetz-Entwürfe über Gemeindewesen, Ansässigmachung und Verehelichung, Heimath und Armenpflege, dann über das Gewerbswesen betr. 53—58.

28. Juni. **Kgl. Allerhöchste Declaration**, die Zoll- und Handelsverhältnisse betr. 61—64.

— **Gesetz** zum Schutze der Urheberrechte an literarischen Erzeugnissen und Werken der Kunst. 65—102.*)

10. Juli. **Landtags-Abschied.**

Enthält unter Anderem:

In den §§ 1—9 und § 26 Bekanntgabe Allerh. Sanction von bereits in den früheren Gesetzblättern publicirten Gesetzen, sowie derjenigen Gesetze, welche vom 10. Juli 1865 datirt sind (s. unten). 105—110 resp. 124.

Allerh. Genehmigung des Kammerbeschlusses hinsichtlich des mit Allerh. Ermächtigung an die Kammer des Landtags gelangten Postulates behufs der Gründung eines allgemeinen Unterstützungs-Vereines für die Hinterlassenen der k. bayerischen Staatsdiener und einer hiemit verbundenen Töchterkasse, wonach:

a) dem auf Grundlage der mitgetheilten, vorläufig zu modificirenden, Statuten zu bildenden allgemeinen Unterstützungsvereine für die Hinterlassenen der k. bayerischen Staatsdiener zu seiner Dotation:

1) der admassirte Fond zur Begründung einer Pensionsanstalt von circa 280,000 fl.,

2) der ganze jährliche Anfall an Wittwen und Waisenfonds-Beiträgen der Staatsdiener,

3) die Hälfte des jährlichen Anfalles an geheimen Raths- und Canzleitaxen (die Beträge unter 2 und 3 vom 1. Oktober 1865 an),

---

*) Gesetz vom 28. Juni 1865 zum Schutze der Urheberrechte an literarischen Erzeugnissen und Werken der Kunst betr., erläutert von Professor G. Mandry — (in der „Gesetzgebung des Königreichs Bayern seit Maximilian II.“ Band V, Heft 2) — 1867.

b) der zu bildenden, von jenem Unterstützungs-Vereine bezüglich ihrer Dotation ganz zu trennenden Töchterkasse die Hälfte des jährlichen Anfalles an geheimen Raths- und Canzleitaxen vom 1. Oktober 1865 an — zu überweisen sind, und Auftrag an das k. Staatsministerium der Finanzen zu weiteren Verfügungen. 110—111.

10. Juli. **Bekanntgabe** Allerh. Genehmigung von bereits verkündeten Verordnungen und Bekanntmachungen, Zoll- und Handelsverhältnisse betr. 112—115.

— — — der Genehmigung von Nachtragspostulaten, den Mehrbedarf für die Gerichte und Bezirksämter in den Jahren 1863/67 betr., und zwar:

1) Erhöhung des Etats des k. Staatsministeriums der Justiz für die letzten 4 Jahre der VIII. Finanzperiode 1863/67 um jährlich 178,708 fl. und

2) des Etats des k. Staatsministeriums des Innern für die gleiche Zeit um jährlich 157,300 fl. betr.,

auch bereits früher erfolgter und genehmigter Kammerbeschlüsse über die Nachtragscredite der k. Staatsministerien der Justiz und des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten in den Jahren 1863/67 dahin, daß

1) der Staatsaufwands-Etat des Staatsministeriums der Justiz um den Betrag von jährlich 108,000 fl.,

2) der Staatsaufwands-Etat für Staatsanstalten auf Erziehung und Bildung zur Errichtung dritter Lehrcurse in den Schullehrer-Seminarien um den Betrag von jährlich 43,884 fl.,

3) der Staatsaufwands-Etat für Staatsanstalten auf katholischen Cultus zur Erhöhung der Bezüge der katholischen Pfarrer auf 700 fl. des Jahres mit jährlich 96,690 fl.,

4) der Staatsaufwands-Etat für Staatsanstalten auf protestantischen Cultus zur Erhöhung der Bezüge der protestantischen Pfarrer auf 800 fl. des Jahres um jährlich 120,637 fl.,

5) der Staatsaufwands-Etat für Zuschüsse zu den Kreisfonds für Pensionirung und Unterstützung dienstuntauglich gewordener deutscher Schullehrer um jährlich 80,000 fl. erhöht und daß:

6) für Ergänzungsbauten an den Schullehrer-Seminarien und Einrichtung derselben ein Credit von 208,573 fl. auf die Mehreinnahmen der laufenden Finanzperiode eröffnet werde. 115—116.

In § 14 wurde der im Allerh. Auftrag an den Landtag gebrachte Antrag, welcher die Zustimmung der Kammern erhalten hatte, genehmigt, nämlich:

zur Aufsetzung eines Stockwerkes auf das Gebäude des Staatsministeriums des k. Hauses und des Aeußern und zur Er-

neuerung der Repräsentationsräume und des Mobiliars in demselben die Summe von 50,000 fl. aus den Etatserübrigungen dieses Staatsministeriums in der VIII. Finanzperiode zu verwenden. 117.

§ 15 handelt von Allerh. Genehmigung des Antrags des k. Staatsministeriums des Handels und der öffentlichen Arbeiten, welcher die Zustimmung der Kammern erhalten, dahin:

daß die Ersparungen an der Budget-Dotation für die technischen Lehr-Anstalten, dann die admassirten Fonds der bisherigen polytechnischen Schulen, im Gesammt-Anschlage von beiläufig 215,000 fl. zur Bestreitung der vorbereitenden Einleitungen für bauliche Herstellung der neuen polytechnischen Schule, soweit erforderlich, verwendet werden

und Erlassung der erforderlichen Vollzugs-Anordnungen. 117.

§ 16 handelt von Allerh. Genehmigung des Gesammtbeschlusses beider Kammern:

„Es sei dem Nachtragspostulate des Staatsministeriums der Justiz für Gewinnung von Räumlichkeiten für die Justizstellen und Behörden, dann die Unterbringung von Gefangenen, endlich die Ergänzung der inneren Einrichtung der Gerichte in folgenden Beträgen:

1)	für die Herstellung eines Schuldgefängnisses in München	138,000 fl.
2)	für die Herstellung neuer Räumlichkeiten zur Aufbewahrung und Versteigerung von Pfandgegenständen bei dem k. Bezirks-, Handels- und Stadtgerichte München l./J.	15,000 fl.
3)	für Erweiterung der Geschäftsräumlichkeiten des k. Stadtgerichts München l./J., Abtheilung für Strafsachen, und Vermehrung der Polizeigerichtsgefängnisse	144,700 fl.
4)	für Erwerbung der katholischen Maximilianskirche zu Zweibrücken und Verwendung derselben zu den Zwecken der dortselbst befindlichen Gerichte	114,000 fl.
5)	für die Herstellung eines Bezirksgerichtsgefängnisses in Kaiserslautern und	
6)	für den Neubau eines Landgerichtsgebäudes zu Kaiserslautern, zusammen	70,000 fl.
7)	für den Bau eines Landgerichtsgebäudes in Berneck	30,000 fl.
8)	für den Neubau eines Polizeigerichtsgefängnisses zu Neuulm	12,000 fl.
9)	für den Neubau eines Polizeigerichtsgefängnisses zu Heilbronn	10,000 fl.
10)	zur Ergänzung der inneren Einrichtung der Gerichte	54,800 fl.
	sohin im Gesammtbetrage von	588,500 fl.

zuzustimmen und seien die für die Deckung dieses Credits nothwendigen Mittel aus den Mehreinnahmen der VIII. Finanzperiode zu entnehmen,

nebst Auftrag an die k. Staatsministerien der Justiz und der Finanzen, das zum Vollzuge Erforderliche zu verfügen." 117—119.

In § 17 wurde der Antrag des k. Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten bei Zustimmung der Kammern genehmigt:

daß die Ueberschüsse aus dem im Jahre 1863 mit jährlich 30,000 fl. zur Verfügung gestellten Nachtrags-Credite für Pensionirung und Unterstützung von vor dem Gesetze vom 10. November 1861 pensionirten Schullehrern, welche unter dem § 13, Ziffer 5, aufgeführten Gesammtbetrage von 80,000 fl. des Jahres inbegriffen ist, im Maximalbetrage von 8,000 fl. für ständige Unterhaltsbeiträge, mit Rücksicht auf die Bestimmungen der Dienstespragmatik an wirkliche Studienlehrer derjenigen isolirten Lateinschulen, welche dermalen 4 Classen und 4 Classenlehrer haben — soferne jene Studienlehrer zur Zufriedenheit gedient haben und durch Alter oder Unglück dienst- und erwerbsunfähig geworden sind, dann deren Wittwen und Waisen, welche kein zu ihrem Unterhalte hinreichendes Vermögen besitzen — verwendet werden

und wurde das k. Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten angewiesen, bei dem Vollzuge, die den einschlägigen Studienlehrern und deren Hinterbliebenen zu gewährenden Unterstützungen auf den jährlichen Maximalbetrag von 8,000 fl. zu beschränken. 119.

In § 18 wurde der Gesammtbeschluß beider Kammern hinsichtlich des Nachtragspostulates, die Herstellung neuer Wohn- und Stallgebäude für die Bezirksgestüts-Inspection München betreffend, wozu der Betrag von 98,350 fl. aus den Mehreinnahmen der VIII. Finanzperiode verwendet werden darf, sanctionirt. 119—120.

In § 19 wurde der Kammernbeschluß sanctionirt:

es sei dem Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten für die Jahre 1865/66 und 1866/67 ein Credit von 103,000 fl. per Jahr zur Erhöhung des fassionsmäßigen Einkommens der katholischen Pfarreien und der diesen gleichgeachteten selbstständigen Seelsorgerstellen bis zu dem Betrage von 800 fl. auf die Mehreinnahmen der laufenden Finanzperiode zu eröffnen. 120.

In § 20 wurde das Nachtragspostulat genehmigt:

es seien für den Zweck der Unterstützung der Veteranen jährlich 200,000 fl., demnach auf die Zeit vom 1. Oktober 1864 bis 31. Dezember 1867: 650,000 fl. für Rechnung der Pensions-Amortisationscasse zu verwenden

und dem Wunsche der Kammern gemäß zugleich bestimmt:

„daß bei eintretenden Erledigungen in den höheren Unterstützungsclassen die nachfolgenden Classen einrücken sollen,"

auch wurde das k. Finanz- und k. Kriegsministerium zur geeigneten Verfügung angewiesen. 120—121.

In § 21 wurde dem Kammernbeschlusse über das Nachtragspostulat des k. Staatsministeriums des Handels und der öffentlichen Arbeiten, die Herstellung eines Gebäudes für die neue polytechnische Schule in München betr.:

es sei diesem Nachtragspostulate von einer Million Gulden zum Zwecke des Erbauens einer polytechnischen Schule in München die Zustimmung zu ertheilen und die verlangte Summe den Mehreinnahmen der VIII. Finanzperiode zu entnehmen,

die Königliche Sanction ertheilt und entsprechender Auftrag an das k. Finanz- und an das k. Ministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten erlassen. 121.

Im § 33 wurde in Rücksicht auf den Antrag beider Kammern:

wegen möglichster Beseitigung der Nachtheile der den Verkehr des Landes empfindlich beeinträchtigenden Fracht-Disparitäten in der Weise, daß die Frachtsätze für Zwischenstationen in ein entsprechendes Verhältniß zu den Tarifen der Endstationen gesetzt werden, daß somit die Gesammtfracht für entfernter gelegene Stationen keinesfalls niedriger gestellt werde, als für nähere Stationen derselben Linie, — daß bezüglich des internationalen Verkehrs dem richtigen Prinzipe der kürzesten Linie möglichst Rechnung getragen werde und durch die Concurrenz herbeigeführte Abweichungen nur insoweit zugelassen werden, als die Verfrachtung noch einen Ueberschuß über die Selbstkosten gewährt,

das k. Ministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten beauftragt, diejenigen Anordnungen zu treffen, welche geeignet erscheinen, diesem Antrage, insoweit es im Hinblicke auf die Ertragsfähigkeit der Eisenbahnen zuläßig ist, zu entsprechen. 128.

In § 37 wurde in Aenderung einiger Bestimmungen über die Verpflichtung zum Geschwornendienste und die Geschwornenlisten, dem Antrage beider Kammern entsprechend, mit Gesetzeskraft verordnet:

1) Wer seinen Verrichtungen als Geschworner nachgekommen ist, soll weder in dem nämlichen, noch in den beiden nächstfolgenden Jahren noch einmal zu gleichen Verrichtungen angehalten werden, soferne er nicht ausdrücklich auf diese Befreiung verzichtet, worüber er am Schlusse der Schwurgerichts-Sitzung besonders zu befragen ist.

   Diese Bestimmung tritt mit dem Jahre 1866 in Kraft.

2) Vom Jahre 1866 an ist bei der nach Art. 87 der Strafprozeß-Novelle vom 10. November 1848 und Art. 96 des Einführungs-Gesetzes zu den Strafgesetzbüchern vom 10. Nov. 1861 vorzunehmenden Wahl in den der Kreisregierung unmittelbar untergeordneten Städten für je 700 Seelen, in den übrigen Bezirken für je 1,400 Seelen der Civilbevölkerung ein Geschworner zu wählen.

3) Die Hauptlisten der bei den Schwurgerichtssitzungen zu verwendenden Geschwornen sind von den Landräthen bei deren Zusammentritt im Jahre 1866 in der Art zu er- erhöhen, daß sich auf jeder Hauptliste, ohne Einrechnung der nach Ziffer 1 vorübergehend vom Geschwornendienste befreiten Personen, für je 700 Seelen der Civilbevölkerung des betreffenden Regierungsbezirkes ein Geschworner befindet. Im Falle eines später eintretenden Steigens oder Sinkens der Bevölkerung ist die Hauptliste bei dem auf die Volkszählung folgenden Zusammentritt des Landraths in der zur Herstellung des angegebenen Verhältnisses erforderlichen Weise weiter zu erhöhen oder zu mindern.

4) die Bestimmung der Art. 80 Abs. 4 der Strafprozeßnovelle und Art. 90, Abs. 4 des angeführten Einführungsgesetzes findet auch bei den Vorschriften der Ziffern 2 und 3 Anwendung. 130—131.

In § 39 Absatz II wurde im Betreffe der Tax- und Stempelgefälle mit der Wirksamkeit vom 1. Oktober 1865 an mit Gesetzeskraft verordnet:

1) An die Stelle der in Art. 19, 20, 21 und 22 des Taxgesetzes vom 28. Mai 1852 festgesetzten Werthstaxen für Schätzungen, Inventuren und Rechnungen, treten lediglich die durch Art. 8, 9 und 10 des allegirten Gesetzes normirten Protokolls- beziehungsweise Tagfahrtstaxen,

2) die im Regierungsbezirke der Pfalz für die Eintragung der Erwerbsurkunden über liegende Güter in die Transscriptions-Register bisher an die Staatscasse zu entrichtende Gebühr ist aufgehoben. 132—133.

10. Juli. **Gesetz**, die Abkürzung der Finanzperioden betreffend (ergänzender Bestandtheil der Verfassungsurkunde und wurde a) § 5, Absch. 1 des Titels VII der Verfassungsurkunde und b) das Gesetz vom 15. April 1840, die Abänderung des § 6 des Titels VII der Verfassungsurkunde betr., hiedurch aufgehoben). 137—140. (Beilage I zu obigem Landtagsabschiede.)

— — — die Aufhebung von Beschränkungen der Unteroffiziere und Soldaten in der Verfügung über ihr Vermögen betr. (Aufhebung des Gesetzes vom 15. April 1840, die Ausdehnung des Verbots der Vermögensaushändigung an Unteroffiziere und Soldaten betr., sowie der im preußischen Landrechte Thl. I, Titel XI, §§ 700—703 enthaltenen Dispositionsbeschränkungen und der hinsichtlich dieses Verbotes durch Verordnung ꝛc. erlassenen Bestimmungen). 141—144. (Beilage II zum Landtagsabschiede.*)

---

*) Gesetz vom 10. Juli 1865, die Aufhebung von Beschränkungen der Unteroffiziere und Soldaten in der Verfügung über ihr Vermögen betr., erläutert vom O.-A.-G.-Director v. Zink — (in der „Gesetzgebung des Königreichs Bayern seit Marimilian II.," Bd. IV Heft 3) — 1869.

Gesetzblatt von 1866.

Gesetzblatt von 1867.

28. April. **Gesetz,** den Bau einer Eisenbahn von Schweinfurt nach Kissingen betr. 73—76.
— — — einen Credit für die weiteren Militärbedürfnisse in dem letzten Jahre $18^{66}/_{67}$ der VIII. Finanzperiode betr. 77—80.
29. Oktob. — — die Vervollständigung der bayerischen Staatseisenbahnen betr. 81—86.
16. Nov. **Kgl. Allerh. Declaration,** die Zoll- und Handelsverhältnisse betr. 89—92. (Vertrag vom 8. Juli 1867 zwischen dem norddeutschen Bunde, Bayern, Württemberg, Baden und Hessen, die Fortdauer des Zoll- und Handelvereins betr. 93—148. Schlußprotokoll vom 8. Juli 1867 nebst Beilagen: 149—192. Uebereinkunft vom 8. Mai 1867 wegen Erhebung einer Abgabe von Salz betr. 193—200 nebst Schlußprotokoll hiezu vom 8. Mai 1867: 201—212.)
— **Gesetz,** die Erhebung einer Abgabe von Salz betr. 217—234.
— — — die Wahl der bayerischen Abgeordneten zum deutschen Zollparlamente betr. 237—246.
5. Dezb. — — die Abänderung der gesetzlichen Bestimmungen über die Zinsen betr. 249—252.*)
30. Dezb. — — die provisorische Erhebung der Steuern pro 1868 betr. 253—256.
— — — die Aufhebung der durch den Zolltarif vorgeschriebenen Gebühren für Begleitscheine und Bleie betr. 257—260. (S. Gesetzblatt von 1837, S. 181; Regierungsblatt von 1837, S. 854 und Regierungsblatt von 1865, S. 473.)

Gesetzblatt von 1868.

30. Jan. 1868. **Gesetz,** die Wehrverfassung betr. 261—308.**)
— — das Gewerbswesen betr. 309—328.***)
23. Febr. — — die Ablösbarkeit der auf Grund und Boden haftenden oder mit einer Gewerbsrealität verbundenen Ehehafts-Verhältnisse betr. 338—342.
14. April. — — die provisorische Erhebung der Steuern pro 1868 betr. 345—346. (Verlängerung der Wirksamkeit des Gesetzes in diesem Betreffe vom 30. Dezember 1867 bis Ende April 1868, s. Gesetzblatt S. 253—256.)
16. April. — — die Vervollständigung des Telegraphennetzes betr. 349—354.

*) Gesetz vom 5. Dezember 1867, die Abänderung der gesetzlichen Bestimmungen über die Zinsen betr., erläutert von O.-A.-G.-Direktor v. Zink — (in der „Gesetzgebung seit Maximilian II., Bd. VI, Heft 3) — 1869.

**) Gesetz vom 30. Januar 1868, die Wehrverfassung betr., erläutert von E. Zeitlmann — 1868.
desgl. von M. Stenglein, k. Staatsanwalt, jetzt Appellationsgerichtsrath — 1869.
desgl. von „einem praktischen Beamten" in der Würzburger Volksausgabe 1868, nebst den zum Vollzuge des Wehrgesetzes ergangenen Allerh. Erlassen, Kriegsministerialentschließungen &c.

***) Gesetz vom 30. Januar 1868, das Gewerbswesen betreffend, erläutert von E. Schöller — 1869,
dass. sammt einschlägigen Gesetzen und Verordnungen, herausgegeben von einem praktischen Juristen — 1868 im C. H. Gummi'schen Verlage (gleichfalls in der im nämlichen Verlage erschienenen „Gesetzbibliothek für den bayerischen Staatsbürger").

16. April. **Gesetz**, über Heimath, Verehelichung und Aufenthalt. 357—402.*)
2. Mai. — — über Schließung und Trennung der Ehen der keiner anerkannten Religionsgesellschaft angehörenden Personen. 405—420. (S. V.-O. vom 9. Juli 1868, Reggsbl. von 1868, S. 1273—1276 und Vollzugsvorschriften zum Gesetze, ibidem S. 1473—1486.)
16. Mai. **Finanz-Gesetz** für die IX. Finanzperiode 1868 und 1869. 421—438. (Beilagen A, B und C: 443—456.)
— **Gesetz**, die Vollendung der Donau-Correction im Regierungsbezirke Schwaben und Neuburg betr. 457—460.
— — — über den Malzaufschlag. 461—528.**)
— — — die Vervollständigung der bayerischen Staatseisenbahnen betr. 529—534.
— — das Ungehorsams-Verfahren in den zur Zuständigkeit der Bezirksgerichte gehörigen Straffällen betr. 537—540.
— — — die Versorgung invalider Unterofficiere und Soldaten, sowie die Unterstützung der Wittwen und Waisen von Militärpersonen dieser Grade betr. 541—570.
— — — die Vermarkung der Grundstücke betr. 573—584.***)
— — — die Abänderung einiger Bestimmungen des Straf- und Polizeistrafgesetzbuches vom 10. November 1861 betr. 585—598.
— — — einen Credit für außerordentliche Militärbedürfnisse in der IX. Finanzperiode 1868 und 1869 betr. 601—606.
— — — Abänderung einiger Bestimmungen des in der Pfalz geltenden Civilgesetzbuches über Privilegien u. Hypotheken betr. 609—614.
— — — das Notariat in der Pfalz betr. 617—622.
— — — die Einführung der bayerischen Gesetze in einigen neuerworbenen Gebietstheilen betr. 625—630.
— — — die Auslieferung von Verbrechern betr. 633—636.
25. Juni. **Kgl. Allerh. Declaration**, das Zollvereinsgesetz wegen Abänderung einzelner Bestimmungen der Zollordnung und der Zollstrafgesetzgebung betr. 637—640. (Hiebei: Gesetz in diesem Betreffe: 641—646) [s. auch Kgl. Allerh. Declaration vom 16. Nov. 1867, Gesetzblatt S. 89 ff. und Vertrag vom 8. Juli 1867, ibidem S. 93—148, sowie Allerh. V. O. vom 17. Nov. 1837, Reggsbl. von 1837 S. 825—894 und Zollstrafgesetz vom 17. Nov. 1837, Gesetzbl. S. 201—230.]
24. Juli. — — das Zollvereinsgesetz über den Vereinszolltarif vom 1. Juli 1865 betr. 649—652. (Hiebei Gesetz in diesem Betreffe vom

*) Gesetz vom 16. April 1868 über Heimath, Verehelichung und Aufenthalt, commentirt von E. Riebel, k. Ministerialassessor (Oberregierungsrath) — 1868, dass. in der bei E. H. Gummi in München erschienenen „Gesetzbibliothek für den bayerischen Staatsbürger".

**) Gesetz vom 16. Mai 1868, den Malzaufschlag betr., erläutert von May, k. Regierungsrath — 1868, dass. in der „Gesetzbibliothek für den bayerischen Staatsbürger" bei E. H. Gummi in München.

***) Gesetz vom 16. Mai 1868, die Vermarkung der Grundstücke betr., herausgegeben von einem praktischen Juristen — 1868, bei E. H. Gummi in München (gleichfalls in der Gesetzbibliothek für den bayerischen Staatsbürger).

1. Juli 1865: 653–654) [s. ebenfalls Kgl. Allerh. Declaration vom 16. Nov. 1867 und Vertrag vom 8. Juli 1867.]

28. Aug. **Kgl. Allerhöchste Declaration**, das Zollvereins-Gesetz wegen Besteuerung des Tabaks betr. 657—660. (Hiebei Gesetz im ebenerwähnten Betreffe: 661—666) [s. dieselben Allegate.]

30. Dezbr. — — **Gesetz**, die Bürgerwehr betr. 669—670. [S. Art. 95, Abs. 2 und 3 des Wehrverfassungsgesetzes vom 30. Januar 1868, S. 307 und 308, hier: Hinausrückung des dortselbst festgesetzten Endtermins bis 1. Januar 1870 unter den durch Verordnung später bestimmten Erleichterungen, nämlich in der Allerh. V. O. vom 2. Januar 1869 (Regierungsblatt von 1869, S. 41—46) über die Erleichterung des Dienstes in des Landwehr älterer Ordnung (Bürgerwehr.)]

Gesetzblatt von 1869.

20. März. **Berg-Gesetz** für das Königreich Bayern. (673—774.)

29. März. **Gesetz**, die Aufnahme eines Anlehens zur Deckung der Kosten für die Vollendung der Kreis-Irrenanstalt in Niederbayern betr. 777—780.

6. April. — — die Personalhaft betr. 781—792. (s. Allerh. V.-O. vom 7. April 1869 zum Vollzuge des Art. 13, Abs. 1 des Gesetzes.) [Aufgehoben wurde dieses Gesetz durch Art. 3, Ziff. 11 des Einführungsgesetzes zur Prozeßordnung vom 29. April 1869.]

— — — die Abgaben von den Bergwerken betr. 793—798.

29. April. **Abschied für den Landtag des Königreichs Bayern.** 801—846. Betrifft u. A. auch:

§ 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 23. 50. 52. 54. Bekanntmachung Allerh. Sanction und Publication der in den Gesetzblättern von 1866—1869, bis zu den Gesetzen vom 6. April 1869 einschlüssig bereits abgedruckten Gesetze, nebst Publication der unter § 8—22 erwähnten sanctionirten Gesetze vom 29. April 1869. S 801—807, 834—836, 838.

§ 58. Bekanntmachung Allerh. Genehmigung von gemeinschaftlichen Kammerbeschlüssen hinsichtlich der Zoll- und Handelsverhältnisse im Allgemeinen und für die Zukunft und vorhergegangene Verkündung der bezüglichen Königlichen Declarationen und Bekanntmachungen. 817—819.

§ 25. Allerh. Genehmigung des Gesammtbeschlusses der beiden Kammern hinsichtlich der zur Revision der Rheinschifffahrtsakte am 17. Oktober 1868 mit Baden, Frankreich, Hessen, den Niederlanden und Preußen in Mannheim getroffenen Vereinbarungen ꝛc. 819—820.

Allerh. Genehmigung der Gesammtbeschlüsse beider Kammern hinsichtlich der Nachtrags-Postulate zum Finanzgesetze für die IX. Finanzperiode, und zwar:

in § 26 im Betreffe der Entnahme des im Laufe der IX. Finanzperiode durch die Uebernahme der dem Staate von Sr. Majestät dem Könige Ludwig I. letztwillig vermachten Ruhmeshalle und

Walhalla sich ergebenden Bedarfs bis zum Betrage von 11,000 fl. aus dem Reichsreserve-Fonde. 820—821;

in § 27 im Betreffe der Entnahme der dortselbst bezeichneten Beträge aus dem Reichsreserve-Fonde für die Industrieschulen in München und Nürnberg und das Polytechnikum in München. 821—822;

in § 28 im Betreffe der Eröffnung eines Credites von 14,000 fl. für das k. Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten pro letztes Semester 1869 behufs Errichtung von Bergbehörden gemäß des Berggesetzes vom 20. März 1869 und Entnahme dieses Betrages aus dem Reichs-Reserve-Fond;

ferner: daß der Beisetzung des Aufwands für die Bergbehörden beider Instanzen der Etat des genannten Staatsministeriums beigesetzt, daß demgemäß eine Kürzung an dem Etat der k. General-Bergwerks- und Salinen-Administration von 1863 fl., sowie der halbjährige Etat für die bisherigen Berg-Revierämter mit 6437 fl. auf den Etat des genannten Ministeriums pro 1869 transferirt und der am Schlusse des ersten Semesters 1869 unverwendet bleibende Rest der für die geognostische Untersuchung des Königreichs in der IX. Finanzperiode budgetmäßig bewilligten Geldmittel von jährlich 11,000 fl. auf den Etat des genannten Staatsministeriums übertragen werde. 822—823;

in § 29, daß der Bedarf zur Gewinnung neuer ausreichender Localitäten für die Telegraphen-Abtheilung der k. Generaldirection der Verkehrsanstalten und die Central-Telegraphen-Station bis zum Maximalbetrage von 230,000 fl. aus den Erübrigungen von dem durch das Gesetz vom 16. April 1868 für die Vervollständigung des Telegraphennetzes gewährten Credite gedeckt werde. 823;

in § 30, daß der für die Polizeicommissäre der Pfalz für den Zeitraum vom 1. Juli bis 31. Dezember 1869 erforderliche Bedarf von 6732 fl. dem Reichsreservefonde entnommen werde. 823-824.

in § 37 wurde auf die theilweise Revision sämmtlicher Pfründefassionen vom 26. Juni 1868 hingewiesen. 827—828.

Ferner wurden in § 38 dem Antrage auf Veranlassung der Ablösung der Lechbrücke bei Lechbruck durch die Betheiligung der Kreise und Districte, sowie auf Ablösung des dem Brauer Schmid in Steingaden im Jahre 1834 verliehenen Privilegiums auf Grund gütlicher Vereinbarung oder der Expropriation auf Staatskosten und Entnahme der hiefür nöthigen Summe aus dem Reichsreservefonde die Allerh. Genehmigung ertheilt und der Vollzug angeordnet. 828;

in § 41 wurde den Wünschen der beiden Kammern entsprechend, genehmigt:

1) daß zur dringend gebotenen Verstärkung der Controle der Mobiliarfeuerversicherungen dss. d. Rheins die Mitwirkung der Brandversicherungsinspectoren, unbeschadet ihrer eigentlichen Dienstesaufgabe, in Anspruch genommen, daß

2) behufs der Gewinnung der Mittel für die Remunerirung dieser außerordentlichen Dienstleistungen, sowie für die Bestellung einer ähnlichen Controle in der Pfalz den

Mobiliarfeuerversicherungsgesellschaften, soweit thunlich, ein angemessener Concurrenzbeitrag auferlegt, daß

3) eventuell zur Ergänzung des bezüglichen Bedarfes dsf. d. Rheins ein Aversalzuschuß bis zu dem Maximalbetrage von 10,000 fl. von der Immobiliarfeuerversicherungsanstalt an die k. Centralstaatscassa je nach Bedarf in jedem Jahre der IX. Finanzperiode geleistet werde, und daß endlich

4) in Erwägung gezogen werde, ob und in welcher Weise den Districtspolizeibehörden in Ansehung der ihnen nach den Bestimmungen des Brandversicherungsgesetzes vom 28. Mai 1852 dermalen obliegenden Geschäfte etwa eine erhebliche Erleichterung gewährt werden könne. 829—830;

in § 46 wurde der Kammerantrag genehmigt:

daß die anfallenden Zinsen, sowie die zur Heimzahlung gelangenden Capitalien des allgemeinen Industrie-Unterstützungsfonds fernerhin nicht zur Unterstützung einzelner Industrieller oder industrieller Unternehmungen, sondern zur Verleihung von unangreifbaren Fundationscapitalien für technische und gewerbliche Schulen verwendet werden. 832;

in § 55 wurde in Bezug auf die Bitte der Kammern um Durchführung des Turnunterrichtes in den höheren Cursen der männlichen Volksschulen, sowie in allen mittleren Unterrichtsanstalten, in obligatorischer Weise überall, wo entweder die Mittel zur Aufstellung eigener Turnlehrer vorhanden oder wo der Lehrer oder einer derselben die Befähigung zur Ertheilung des Turnunterrichtes besitzt — die Entschließungen des k. Staatsministeriums des Innern für Kirchen und Schulangelegenheiten vom 2. Nov. 1868 und des k. Staatsministeriums des Handels und der öffentlichen Arbeiten allegirt. 836;

§ 56 wurden Kammerbeschlüsse hinsichtlich der Alsenz- und Zellerthal-Bahn in der Pfalz genehmigt. 836--837;

in § 59 wurde die Bitte:

„die Ueberschüsse an dem Staatsaufwande der IX. Finanzperiode und zwar:

a) bei dem katholischen Cultus-Etat die volle Summe der in Folge der Revision der Pfründefassionen an den Budget-Positionen für Aufbesserung gering dotirter katholischer Pfarreien während der IX. Finanzperiode eintretenden Erübrigungen den Diöcesan Emeriten-Anstalten als Fundationscapital überweisen zu lassen;

b) bei dem protestantischen Cultus-Etate die volle Summe der in Folge der Revision der Pfründe-Fassionen an den Budget-Positionen für Aufbesserung gering dotirter protestantischer Pfarreien während der IX. Finanzperiode eintretenden Erübrigungen der allgemeinen protestantischen Pfarr-Unterstützungs-Cassa als Fundations Capital überweisen zu lassen, mit der Bestimmung, daß die Zinsen desselben zu Alterszulagen für solche protestantische Geistliche verwendet werden, welche verheirathet oder Wittwer mit Kindern sind, einer älteren Dienstclasse angehören und

noch nicht in den Genuß einer Pfarrei eingetreten sind, deren Fassion das Erträgniß von 900 fl. übersteigt," — in der Art genehmigt:

„daß die treffenden Ersparungen, soweit dieselben nicht etwa zur Deckung unvermeidlicher Mehrausgaben des katholischen und protestantischen Cultus-Etats erforderlich sind, in der angedeuteten Weise zur Verwendung zu kommen haben. 838—839";

in § 60 wurde zur authentischen Interpretation des Artikels 14 des Notariatsgesetzes mit Gesetzeskraft verordnet:

„bei Bestellung von Hypotheken, sowie bei Beschränkungen in der Befugniß zur weiteren Verpfändung oder Veräußerung, welchen sich der Besitzer von Liegenschaften oder gleichgeachteten Rechten in Beziehung auf eine Schuldverbindlichkeit unterwirft, desgleichen bei Uebertragung oder Verpfändung einer, im Hypothekenbuche eingetragenen Forderung ist die Acceptation des Berechtigten (Gläubigers, Cessionars) dem Gebote des Artikels 14 des Notariatsgesetzes nicht unterworfen." 839—840;

in § 62 a. a. O. wurde in Erfüllung der von beiden Kammern gestellten Bitte:

„zu verfügen, daß den Zöglingen an den städtischen Handelsschulen gestattet werde, sich den Schlußprüfungen der k. Gewerbsschulen, beziehungsweise der Handelsabtheilung derselben zu unterstellen und daß ihnen im Falle der Befähigung das Maturitätszeugniß der Gewerbsschule zu ertheilen sei",

das k. Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten entsprechend beauftragt. 841;

in § 64 a. a. O. wurde in Entsprechung des Antrags der beiden Kammern mit Gesetzeskraft, und zwar mit der Wirksamkeit vom Beginne der nächsten gesetzlichen Fatirungsperiode für die Capitalrentensteuer, verordnet:

„Der nach Art. 7, Abs. II des Capitalrentensteuergesetzes vom 31. Mai 1856 gestattete Abzug der im Auslande bezahlten Capitalrentensteuer erstreckt sich nur auf die an das Staatsärar zu entrichtende Steuer.

Die Beiziehung der betreffenden Rentenbesitzer zu den Kreis-, Districts- und Gemeinde-Lasten und die Einquartirungslast hat dagegen nach ihrer ganzen Capitalrentensteuer ohne Abzug zu erfolgen.

Zu dem Ende haben die bayerischen Staatsangehörigen, welche im Auslande bereits besteuerte Capitalrenten beziehen, ihrer sämmtlichen in- und ausländischen Capitalrenten nach Maßgabe der im Abschnitte II des Capitalrentensteuergesetzes über das Verfahren bei Anlage der Capitalrentensteuer getroffenen Bestimmungen und unter dem Präjudiz der dortselbst bestimmten Strafen zu fatiren; es bleibt ihnen jedoch vorbehalten, zum Zwecke der Berechnung des ihnen gestatteten Steuerabzuges den Jahresbetrag oder die Steuerclasse ihrer

inländischen und ihrer ausländischen Renten gesondert zu erklären." 842—843.

29. April. **Gesetz**, einen Credit für außerordentliche Militärbedürfnisse betr. (Beilage I zum Landtagsabschiede.) 849 - 852.

— — — die Maß- und Gewichtsordnung betr. (Beilage II zum Landtagsabschiede.) 853—862. (S. V. O. vom 13. August 1869 — vom 14. September 1869 — vom 23. November 1869 — und vom 19. Dezember 1869.)

— — — die Gemeindeordnung für die Landestheile dss. d. Rhs. betr. (Beilage III zum Landtagsabschiede.) 865—1006.*)

— — — die Gemeindeordnung für die Pfalz betr. (Beilage IV zum Landtagsabschiede.) 1009—1090.

— — — die öffentliche Armen- und Krankenpflege betr. (Beilage V zum Landtagsabschiede.) 1093—1126.**)

— — — die Ausdehnung und Vervollständigung der bayerischen Staatsbahnen, dann Erbauung von Vicinalbahnen betr. (Beilage VI zum Landtagsabschiede.) 1129—1146.

— — — die Ausdehnung der bayerischen Ostbahnen betr. (Beilage VII zum Landtagsabschiede.) 1137—1140.

— — — die pfälzischen Eisenbahnen betr. 1141—1146.

— — — die Erbauung von Vicinalbahnen zwischen Erding und Schwaben, dann zwischen Langenzenn und Siegelsdorf betr. (Beilage IX zum Landtagsabschiede.) 1149—1152.

— — — die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirthschafts-Gesellschaften betr. (Beilage X zum Landtagsabschiede.) 1153—1194. (S. Bekanntmachung v. 23. September 1869 gemäß Art. 3 dieses Gesetzes.)

— — — die privatrechtliche Stellung von Vereinen betr. (Beilage XI zum Landtagsabschiede.) 1197—1216.

— — — die Aktiengesellschaften, bei welchen der Gegenstand des Unternehmens nicht in Handelsgeschäften besteht, betr. (Beilage XII zum Landtagsabschiede.) 1217—1228. (S. Vollzugs-Bekanntmachung vom 23. September 1869.)

— — — die fürstlich Thurn und Taxis'schen Civilgerichte betr. (Beilage XIII zum Landtagsabschiede.) 1229—1232.

— — — die Einführung einer Prozeßordnung in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten für das Königreich Bayern betr. (Beilage XIV zum Landtagsabschiede.) 1238—1324.***)

---

*) Gesetz vom 29. April 1869, die Gemeindeordnung für die Landestheile diess. d. Rhs. betr., commentirt von E. Riebel, k. Ministerialassessor (jetzt k. Oberregierungsrath) — 1868;
hiezu: die Gemeindeverfassung von Stadelmann, k. Bezirksamtsassessor — 1870;
ferner: die neue Gemeinde-Ordnung für das Königreich Bayern — 1869 bei E. H. Gummi in München (in der „Gesetzbibliothek für den bayerischen Staatsbürger").

**) Gesetz vom 29. April 1869, die öffentliche Armen- und Krankenpflege betr. — herausgegeben von einem praktischen Juristen — 1869, bei E. H. Gummi in München (in der „Gesetzbibliothek für den bayerischen Staatsbürger").

***) Gesetz vom 29. April 1869, die Einführung einer Prozeßordnung in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten für das Königreich Bayern betr. mit Auslegungsbehelfen 2c. gesammelt von J. N. v. Lengrießer, Bezirksgerichts-Accessist — 1869, bei R. Oldenburg in München.

29. April. **Gesetz,** das Wehrgeld betr. (Beilage XV zum Landtagsabschiede.) 1325—1338. (S. A. V. O. vom 27. Juni 1869 und Vollzugs-Bestimmungen vom 2. Juli 1869.)

— — — die Einführung des Militärstrafgesetzbuches und der Militärstrafgerichtsordnung für das Königreich Bayern betr. (Beilage XVI zum Landtagsabschiede.) 1341—1348. (S. Allerh. V. O. vom 21. November 1869, den Vollzug des Gesetzes vom 29. April 1869, die Militärstrafgerichtsordnung betr. und Allerh. V. O. v. 8. April 1868, die Disciplinarstraforbnung für die bewaffnete Macht des Königreiches betr.)

— — — die Staatsanwaltschaft an den Landgerichten der Pfalz betr. (Beilage XVII zum Landtagsabschiede.) 1349—1352.

— — — einige Abänderungen des in der Pfalz geltenden Strafprozeßgesetzbuches betr. (Beilage XVIII zum Landtagsabschiede.) 1353—1356.

8. Juli. **Kgl. Allerh. Declaration,** das Zollvereinsgesetz wegen Besteuerung des Zuckers betr. (S. Allerh. Declaration vom 16. Nov. 1867, Gesetzblatt 89—92 und Vertrag vom 8. Juli 1867, ibidem 93--148.) 1357—1360.
Hiebei: Zollvereinsgesetz gleichen Betreffs: 1361—1364.

26. Sept. — — das Zollvereinsgesetz wegen Sicherung der Zollgrenze in den vom Zollgebiet ausgeschlossenen Hamburg'schen Gebietstheilen betr. 1365—1368. (S. dieselben Allegate.)
Hiebei: Zollvereinsgesetz gleichen Betreffs: 1369—1380.

— — — das neue Vereinszollgesetz betr. 1381—1384. (S. dieselben Allegate.)
Hiebei: Vereins-Zollgesetz. 1385—1512.

[**Separat-Band,** enthaltend:

I. Gesetz vom 29. April 1869, die neue Prozeßordnung in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten betr.*)

II. — — das Militärstrafgesetzbuch. **)

— — die Militärstrafgerichtsordnung.]

---

*) Gesetz vom 29. April 1869, die neue Prozeßordnung in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten betr., erläutert von Bierling, Albert, k. Assessor, „die Prozeßordnung in bürgerlichen Rechtsstreiten" — 1869.

Dr. Gottfried Schmitt, k. Appellationsgerichtsrath, der bayerische Civilprozeß, systestematisch dargestellt.

Dr. Marq. Barth, Commentar zur Civilprozeßordnung. 1870.

Wernz, Kommentar hiezu.

Dr. Gottfried Schmitt, das Zwangsvollstreckungs- und Gantverfahren — „Wegweiser durch den neuen bayerischen Civilprozeß" — 1869, bei C. H. Gummi, in der „Gesetzbibliothek 2c."

Civilprozeß gegen Bonhof. Von einem Pfälzer. — 1870. Speyer, bei F. C. Neidhard.

**) Gesetz vom 29. April 1869, das Militärstrafgesetzbuch und die Militärstrafgerichtsordnung betr., commentirt von Oberniedermayer, früher Geheimsecretär im k. Kriegsministerium, jetzt k. Generalstaatsanwalt am Militärobergerichte. 1870.

II. Abtheilung:

Regierungsblätter.

Regierungsblatt von 1864.

23. Nov. 1863. **Allerh. Verordnung,** (A. V. O.) die Aufhebung der Durchgangszölle und der die Stelle an solchen vertretenden Ausgangszölle betr. 5—12.

9. Dez. **Erkenntniß** des obersten Gerichtshofes als Competenzconflicts-Senates, (O.-A.-G. E.) i. S. der Margaretha Schell in Würzburg gegen den dortigen Schuhmacher Georg Förster wegen Beschädigung eines Grabsteines, nun den negativen Competenzconflict zwischen der k. Regierung von Unterfranken und Aschaffenburg, K. d. J., und dem k. Stadtgerichte Würzburg betr. (die Gerichte zuständig). 25—30.

— **Erkenntniß** des O.-A.-G. i. S. des k. Fiscus gegen die Kirchen- und Pfarrstiftung Nassenfels wegen Zehentbaulast, nun den negativen Competenzconflict zwischen dem k. Staatsministerium des Innern f. Kirchen- u. Schulangelegenheiten und dem k. Appellationsgerichte von Mittelfranken betr. (die Gerichte zuständig). 30—38.

15. Jan. 1864. **Bekanntmachung,** die Verloosung der 4- und 4½ procentigen Eisenbahnschuld betr. 60—72.

— — — die VI. Verloosung des Militäranlehens von 1855 betr. 73—84.

18. Jan. — — das Berggericht II. Instanz für den Kreis Unterfranken und Aschaffenburg betr. 57—59.

— — — die Besetzung des Appellationsgerichts von Oberfranken als Berggericht II. Instanz betr. 59.

— — — die Zutheilung des Forstbezirkes „Wolfersloh" zum Landgerichte Schwandorf betr. 60.

20. Jan. — — die Fortsetzung des 4 procentigen Eisenbahn-Anlehens betr. 85—86.

— **K. Allerh. Entschließung,** die Fürsorge für dienstunfähig gewordene Bauassistenten aus der Reihe der geprüften Baupraktikanten und für deren Relicten betr. 89—91.

3. Febr. **Bekanntmachung,** den Freundschafts-, Handels- und Schifffahrts-Vertrag zwischen den Staaten des deutschen Zoll- und Handelsvereins einerseits und der Republik Chili anderseits, vom 1. Febr. 1862 betr. 121—164.

2

651—658 und 653—680. (S. oben unter dem 27. Februar ds. Js.)

20. Mai. **Bekanntmachung** die Gegenseitigkeit mit der freien Stadt Frankf. a./M. in Handelssachen, hier die Allerhöchste Retorsions-Bewilligung betr. 681—682. Beilage: „Auszug aus der Gesetz- und Statuten-Sammlung der freien Stadt Frankfurt". 683—684.

29. Mai. **Armee-Befehl.** 697—720.

8. Juni. **Bekanntmachung,** die Vorlage des Haus- und Familiengesetzes der Grafen zu Castell betr. 753—754 Beigefügt ist: dieses Haus- und Familiengesetz d.d. Castell und Rüdenhausen den 14. Juni 1861. 755—816.

12. Juni. — — die Wiederanlage verlooster Capitalien bei dem 4 % igen Eisenbahn-Anlehen betr. 721.

20. Juni. **Erkenntniß** des O.-A.-G. i. S. des Bauers Joseph Kopp von Oberasberg gegen Wegmacher Andreas Paternoster von da und Genossen wegen Haltung eines Zuchtstieres, nun den verneinenden Competenzconflict zwischen dem k. Appellationsgerichte von Niederbayern und dem k. Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten betr. (die Gerichte zuständig). 867—876.

— — — i. S. des Johann Schäfer und Genossen von Friesenhausen gegen den Oekonomen Michael Heusinger von da, wegen Wässerungsrechtes, nun den verneinenden Competenzconflict zwischen dem k. Landgerichte Hofheim und dem k. Bezirksamte Königshofen betr. (die Gerichte zuständig). 876—882.

— — — i. S. der Landgemeinde Winterbach gegen die Stadtgemeinde Augsburg wegen Ersatz von Verpflegungskosten, hier den verneinenden Competenzconflict zwischen der k. Regierung von Schwaben und Neuburg, K. d. J., und dem k. Stadtgerichte Augsburg betr. (die Verwaltungsbehörden zuständig). 883—887.

23. Juni. **K. Allerh. Entschließung,** die Verhältnisse der unmittelbaren Staatsdiener betr. 737—742.

24. Juni. **K. Allerh. Verordnung,** die Diäten und Reisegebühren, dann die Entschädigung der Sachverständigen und Zeugen in militärischen Straffachen betr. 913—920.

28. Juni. **Bekanntmachung,** die Gegenseitigkeit in Straffachen mit auswärtigen Regierungen betr. 861—864.

30. Juni. **K. Allerh. Verordnung,** die allgemeine Bauordnung betr. 817—860.*)

20. Juli. **Bekanntmachung,** die Gehaltsbezüge des k. Forstpersonals betr. 929—932.

---

*) Siehe „Bauordnung, allgemeine, für die Landestheile diesseits des Rheins, mit Ausnahme der Haupt- und Residenzstadt München, vom 30. Juni 1864, München 1864, Grubert.

ferner: Stadelmann, W, die Bauführung in Bayern, Bamberg 1864, Buchner.

ferner: Verordnung, k. allerh., vom 30. Juni 1864, die allgemeine Bauordnung für die Landestheile diesseits des Rheins, Augsburg 1864, Jenisch & Stage.

24. Juli.	**K. Allerh. Verordnung,** die zollamtliche Revision des Gepäckes der in Lindau aus der Schweiz eintretenden Reisenden betr. 945—948.
25. Juli.	**Bekanntmachung,** die Vorlage der gräflich von Pückler-Limpurg'schen Familien-Verträge betr. 993—994 mit Familienstatut d. d. Burgfarrnbach den 31. August 1855 ꝛc. und Beilagen. 995—1060.
26. Juli.	**Erkenntniß** des O.-A.-G. i. S. des Magistrats von Geiselhöring gegen den Maurer Joseph Haas von dort wegen executiver Beitreibung rückständiger Schulgelder, hier den negativen Competenzconflict zwischen dem k. Bezirksamte und dem k. Langerichte Mallersdorf betr. (die Gerichte zuständig). 971—979.
—	— — i. S. des Oekonomen Johann Herzog und Genossen von Beikheim, Bezirksamts Kronach, gegen den Mühlbesitzer Heinrich Stammberger und Genossen von dort, Schutz im Besitze und Anerkennung des Nutznießungsrechtes an Gemeindegründen, hier den Competenzconflict zwischen der k. Regierung von Oberfranken, K. d. J., und dem k. Bezirksgerichte Kronach; (die Gerichte zuständig. 979—988.
30. Juli.	**K. Allerh. Erklärung, die Beileidsbezeugungen bei Ueberführung des Herzens Seiner Majestät des Königs Maximilian II. nach Altötting betr.** 961—964.
7. Aug.	**K. Allerh. Verordnung,** Sicherheitsmaßregeln bei der Anlage und dem Gebrauche von Dampfkesseln und Dampfapparaten betr. 1065—1090. (S. die abändernde Allerh. V. O. vom 12. Februar 1865, Reggsbl. v. 1865, S. 223—232.)
19. Aug.	**Bekanntmachung,** Trennung der Vorstädte Au, Giesing und Haidhausen vom Landrentamte München und Ueberweisung derselben an das Stadtrentamt, dann Neuorganisirung des letzteren betr. 1097—1100.
25. Aug.	— — die Herstellung einer stehenden Brücke über den Rhein zwischen Ludwigshafen und Mannheim betr. 1113—1123. (S. unterm 22. Oktober d. Js.)
—	— — die Zulassung zur Zollpraxis betr. 1129—1133.
29. Aug.	— — die Reorganisation der technischen Lehranstalten, hier die Vorbedingungen zum Eintritte in die Central-Thierarzneischule betr. 1134—1135.
7. Sept.	— — die Veraccordirung der Staatsbau-Arbeiten betr. 1169—1170 mit der „Instruction über die Veraccordirung der Staatsbau-Arbeiten". 1171—1264.
16. Sept.	— — den zwischen der Krone Bayern und Württemberg am 7. Mai 1821 abgeschlossenen Vertrag über Feststellung der gegenseitigen Gerichtsverhältnisse betr. 1269—1273. (S. Bekanntmachung vom 23. September 1821, den mit Württemberg abgeschlossenen Jurisdictionsvertrag betr. im Regierungsblatte von 1821. S. 867—882.)
17. Sept.	— — den Transport von Petroleum auf Eisenbahnen, Dampfschiffen und den k Posten betr. 1273—1274.

bejahenden Competenzconflict zwischen dem k. Generalcommando Würzburg und dem k. Appellationsgerichte von Oberbayern betr. (die Verwaltungsbehörden zuständig). 1569—1578.

14. Nov. **Erkenntniß** des O.-A.-G. i. S. der Schulfondsstiftung und Gemeindeverwaltung Großweil gegen den Schwaighofbesitzer Enzensberger wegen Umlagenforderung, nun den bejahenden Competenzconflict zwischen der k. Regierung von Oberbayern, K. d. J, und dem k. Landgerichte Weilheim betr. (die Verwaltungsbehörden zuständig). 1579—1584.

— — — i. S. der Gemeindeverwaltung Iffelsdorf gegen Bauer Johann Baptist Scharner von Untersteinbach wegen Forderung, nun den bejahenden Competenzconflict zwischen der k. Regierung der Oberpfalz u. v. Regensburg, K. d. J., mit dem Landgerichte Nabburg betr. (die Verwaltungsbehörden, soweit die Sache Gemeindeumlagen und Schulgeld betrifft, zuständig). 1585—1591.

22. Nov. **Bekanntmachung,** die Namensänderung mehrerer Forstämter und Reviere betr. 1547—1554.

28. Nov. **K. Allerh. Verordnung,** den Hausirhandel und den Betrieb der Wandergewerbe betr. 1601—1604. (S. auch Allerh. V.O. vom 29. Juli 1863, Rggsbl v. 1863, S. 1489—1528 und die diese aufhebenden Allerh. V.O. vom 28. April 1868 und vom 5. Nov. 1869, den Gewerbsbetrieb im Umherziehen und den Hausirhandel betr. Reggsbl. von 1868, S. 713—742 und von 1869, S. 2137—2140).

6. Dez. **Bekanntmachung,** die Herausgabe eines Ministerialblattes für Kirchen- u. Schulangelegenheiten betr. 1603—1606.

7. Dez. — — den Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrag zwischen dem Zollvereine und dem Königreiche Siam betr. 1625—1698.

10. Dez. — — das Trauungsrecht zwischen Bayerischen und Schwarzburg-Rudolstädtischen Staatsangehörigen betreffend. 1699—1700.

15. Dez. — — die Verloosung der bayer. Staatsschuld im Jahre 1865 betr. 1705—1707.

27. Dez. — — die Verloosung des Militär-Anlehens von 1855 zu 4½ % betr. 1715—1716.

— — — die Verloosung der 4 %- und 4½ %igen Eisenbahnschuld betr. 1716—1717.

29. Dez. **Ermäßigung des Rheinzolles** für Steinkohlentheer-Rückstände betr. 1713—1714.

Regierungsblatt von 1865.

19. Dez. 1864. **Erkenntniß** des O.-A.-G. i. S. des Johann Heidingsfelder von Weiherschneidbach und Consorten gegen die Pfarrei Burgoberbach wegen Urkundenedition, nun den bejahenden Competenzconflict zwischen der k. Regierung von Mittelfranken, K. d. J., und dem k. Bezirksgerichte

	Ansbach betr. (die Verwaltungsbehörden zuständig). 11—21. (S. auch O.-A.-G.-E. in derselben Streitsache vom 11. Nov. 1862, Reggsbl. 2549—2559.)
20. Dez.	**Erkenntniß** des O.-A.-G. i. S. des Valentin Zöller von Mönchberg gegen die Gemeinde Mönchberg wegen Forderung, nun den negativen Competenzconflict zwischen dem k. Bezirksgerichte Aschaffenburg und dem k. Bezirksamte Obernburg betr. (die Gerichte zuständig). 22—26.
28. Dez.	— — i. S. der Bräuerseheleute Sebastian und Marie Zollner in Rosenheim gegen die Stadtgemeinde Rosenheim wegen Fahrtrechtes, nun den bejahenden Competenzconflict zwischen der k. Regierung von Oberbayern, K. d. J., und dem k. Bezirksgerichte Traunstein betr. (die Verwaltungsbehörden zuständig). 105—113.
—	— — i. S. des Krämers Georg Vogl von Hohenschäftlarn wegen Constatirung seiner Befugniß zum Kleinhandel mit Branntwein und Brodverkaufe, nun den bejahenden Competenzconflict zwischen der k. Regierung von Oberbayern, K. d. J., und dem k. Landgerichte Wolfratshausen betr. (die Verwaltungsbehörden zuständig). 113—120.
31. Dez.	— — **K. Allerh. Verordnung,** die Sonn- und Feiertags-Schulpflichtigkeit der Jugend betr. 5—12.
11. Jan. 1865.	**Bekanntmachung,** die Uebereinkunft mit einigen Cantonen der Schweiz über die gegenseitige Verpflegung von Erkrankten und die Beerdigung von Verstorbenen betr. 41—43.
16. Jan.	— — die Verloosung der 4%- und 4½%igen Eisenbahnschuld betr. 65—80.
—	— — die VII. Verloosung des Militär-Anlehens von 1855 betr. 81—98.
—	**Erkenntniß** des O.-A.-G. i. S. des Bonifacius Repp und Genossen, Großbegüterte von Beuchen gegen Amor Repp und Genossen, Kleinbegüterte von dort, wegen Concurrenz zu Gemeindeumlagen, nun den bejahenden Competenzconflict zwischen der k. Regierung von Unterfranken und Aschaffenburg, K. d. J., und dem k. Landgerichte Amorbach betr. (die Verwaltungsbehörden zuständig). 153—163.
29. Jan.	**K. Allerh. Verordnung,** die Ausübung der Heilkunde betr. 137—146.
31. Jan.	**Bekanntmachung,** den Vollzug des Art. 24 des Münzvertrages vom 24. Januar 1857 betr. 147—148.
2. Febr.	— — die Uniformirung des k. Forstpersonals betr. 185—189.
10. Febr.	**K. Allerh. Verordnung,** die Mobiliar-Feuerversicherungen betr. 193—222.*)

---

*) Verordnung, k. allerh., vom 10. Febr. 1865, über die Mobiliarfeuerversicherungen, München 1865, E. H. Gummi.

12. Febr. **K. Allerh. Verordnung,** Sicherheitsmaßregeln bei der Anlage und dem Gebrauche von Dampfkesseln und Dampfapparaten betr. 223—232. (S. auch Allerh. V.O. vom 7. August 1864, Reggsbl. von 1864, S. 1065—1090.)

14. Febr. **Sitzung** des Staatsraths-Ausschusses (Erledigung des Recurses des Gutsbesitzers Adam Müller zu Gemünde gegen die Gemeinde Witzmannsberg, wegen Umwandlung einer ungemessenen Forstberechtigung in eine gemessene; — Verweisung des Recurses des Grafen Leopold von Königsacker und Neuhaus in München wegen Verurtheilung in eine Stempel-Contraventionsstrafe zum Justizministerium; — Verweisung des Recurses der Kleinbegüterten von Oberhochstadt, k. Bezirksamts Weißenburg, wegen verweigerter Theilnahme an den dortigen Gemeindenutzungen zum k. Ministerium des Innern). 289—291.

23. Febr. **K. Allerh. Entschließung,** die Einberufung des Landtags betr. 241—244.

24. Febr. **Bekanntmachung,** die 29. Verloosung der 4 % igen Grundrenten-Ablösungs-Schuldbriefe betr. 281—284.

26. Febr. — — die III. Verloosung des neuen allgemeinen Anlehens von 1857 zu $4\frac{1}{2}$ % betr. 283—284.

9. März. — — die Zutheilung der Landgemeinde Steinbühl zum k. Rentamte Nürnberg betr. 305—306.

10. März. — — unerhobene Capitalien betr. 369—384.

15. März. — — die XXIX. Verloosung der 4 % igen Grundrenten-Ablösungs-Schuldbriefe betr. 329—340.

16. März. — — die III. Verloosung des neuen allgemeinen Anlehens vom Jahre 1857 zu $4\frac{1}{2}$ % betr. 341—368.

18. März. — — das Trauungsrecht bei Ehen zwischen bayerischen und sächsischen Staatsangehörigen betr. 321—324.

30. März. — — die Fortsetzung der Eisenbahn Anlehen betr. 393—394.

31. März — — die Errichtung einer Zollabfertigungsstelle auf dem Bahnhofe zu Bamberg betr. 409—411.

6. April. — — die Verloosung der $3\frac{1}{2}$ % igen und auf 4 % arrosirten Mobilisirungs-Obligationen betr. 411—413.

— — — die Verloosung der 2 % igen Capitalien der Stiftungen und Gemeinden betr. 413—414.

10. April. **Erkenntniß** des O.-A.-G. i. S. des Hausbesitzers Anton Hofbauer von Passau gegen die Stadtcommune Passau wegen Eigenthums, nun den bejahenden Competenzconflict zwischen der k. Regierung von Niederbayern, K. d. J., und dem k. Bezirksgerichte Passau betr. (die Gerichte zuständig). 443—451.

— — — i. S. des Uhrmachers Georg Baumann von Dettelbach gegen die Stadtgemeinde Dettelbach wegen Provocation zu Eigenthumsansprüchen, nun den bejahenden Competenzconflict zwischen der k. Regierung von Unterfranken und Aschaffenburg, K. d. J., und dem k. Bezirksgerichte Würzburg betr. (die Gerichte zuständig). 451—457.

22. Mai. **Erkenntniß** des O.=A.=G. i. S. des Stadtmagistrats Lauf gegen den Maurergesellen Peter Wild zu Lauf wegen Schulgeldrückständen, hier den verneinenden Competenzconflict zwischen dem k. Landgerichte Lauf und dem k. Bezirksamte Hersbruck betr. (die Gerichte zuständig). 657—664.

— — — i. S. des Johann Albert in Frauenroth gegen Johann Markert in Kissingen wegen Eintritts in den Dienst, nun den verneinenden Competenzconflict zwischen dem k. Appellationsgerichte von Unterfranken und Aschaffenburg und dem k. Bezirksamte Kissingen betr. (die Polizeibehörden zuständig). 667—676.

30. Mai. **Bekanntmachung,** die Zoll= und Handelsverträge mit Frankreich betr. 655—657.

1. Juni. — — die Erneuerung der Zollvereinsbeträge betr. 641—645.

9. Juni. — — die Versendung von Arsenik und andern mineralischen Giftstoffen auf dem Rheine betr. 585—687.

10. Juni. — — den Abschluß einer Uebereinkunft zwischen Bayern und Frankreich wegen gegenseitigen Schutzes der Rechte an literarischen Erzeugnissen und Werken der Kunst betr. 588. Hiezu: die Uebereinkunft (vom 24. März 1865). 589—614.

12. Juni. **Erkenntniß** des O.=A.=G. i. S. der Steuereinnehmerei Wallhalben gegen Michael Sehy von Weselberg wegen Forderung, hier den von der k. Regierung der Pfalz angeregten Competenzconflict betr. (die Gerichte zuständig). 689—696.

21. Juni. **Bekanntmachung,** die Uebereinkunft mit mehreren deutschen Staaten wegen der Verpflegung erkrankter und der Beerdigung verstorbener gegenseitiger Staatsangehöriger betr. 635.

23. Juni. **K. Allerh. Entschließung,** Landtagsverlängerung betr. (bis zum 6. Juli 1865 incl.). 633—636.

24. Juni. **Bekanntmachung,** den Schuldenstand sämmtlicher Gemeinden des Königreichs am Schlusse des Verwaltungsjahres 1864/65 betr. 697 - 710.

25. Juni. — — die gräflich von Rechberg'schen Familienverträge betr. 681—684. Consens Urkunde. 683—688.

26. Juni. **Erkenntniß** des O.=A.=G. i. S. des Bildhauers Rudolph Schwanthaler in München gegen die k. Akademie der bildenden Künste in München wegen Erfüllung von Testamentsbestimmungen, hier den bejahenden Competenzconflict zwischen der k. Regierung von Oberbayern, K. d. J., und dem k. Bezirksgerichte München l. d. J. betr. (die Gerichte zuständig). 754—761.

— — — i. S. der freiherrlich von Wolfskeel'schen Gutsherrschaft zu Uettingen gegen die Gemeinde daselbst wegen Schafdurchtriebsrechts, nun den verneinenden Competenzconflict zwischen der k. Regierung, K. d. J., und dem k. Appellationsgerichte von Unterfranken und Aschaffenburg betr. (die Verwaltungsbehörden zuständig). 771—783.

28 Juni. **K. Allerh. Verordnung,** die Abänderung des Vereins-Zolltarifs betr. 649—656.*)

— **Bekanntmachung,** den Zoll- und Handelsvertrag mit Oesterreich betr. 665—668. (Beilage: der Zoll- und Handelsvertrag vom 11. April 1865.**)

4. Juli. — — die provisorische Schifffahrts- und Floßordnung für die Donau innerhalb des bayerischen Staatsgebietes betr. 725—754.

10. Juli. **K. Allerh. Verordnung,** die landwirthschaftliche Centralschule Weihenstephan betr. 833—846.

11. Juli. — den Briefposttarif betr. 721—724.

21. Juli. **Bekanntmachung,** den Handelsvertrag mit Großbritannien betr. 793—794. (Handelsvertrag vom 30. Mai 1865 zwischen dem Zollvereine und Großbritannien. 795—810.)

— — — den Handelsvertrag mit Belgien betr. 809 und 810. (Handelsvertrag vom 22. Mai 1865 zwischen dem Zollvereine und Belgien betr. 811—828.)

— — — die Verträge über Erneuerung des Zollvereins betr. 849—851.

1. Aug. — — Bitte der Gemeinden Hirschlach und Genossen um Abtrennung vom k. Rentamte Windsbach und Zutheilung zum k. Rentamte Gunzenhausen betr. 881—882.

4. Aug. — — Veränderung der Gerichts- und Amtsbezirke betr. 883.

— — — Aenderung in der Eintheilung der k. Rentämter Bischofsheim und Brückenau betr. 883—884.

6. Aug. — — die Wiederanlage verlooster Kapitalien betr. 884—885.

7. Aug. — — die Auflösung des k. Hüttenamtes Fichtelberg betr. 905.

11. Aug. — — die Besetzung des Competenzconflicts-Senates betr. 889. ff.

19. Aug. **K. Allerh. Verordnung,** den Vollzug der Artikel 69 und 70 des Gesetzes vom 28. Juni 1865 zum Schutze der Urheberrechte an literarischen Erzeugnissen und Werken der Kunst (s. Gesetzblatt von 1865, S. 65—102), sowie des Artikels 12 der am 24. März 1865 zwischen Bayern und Frankreich wegen gegenseitigen Schutzes der Rechte an literarischen Erzeugnissen und Werken der Kunst abgeschlossenen Uebereinkunft betr. 897—904.

21. Aug. **Bekanntmachung,** die Gehaltsbezüge der Forstamtsaktuare betr. (Abänderung der Allerh. V. O. vom 1. Juli 1853 in einigen Punkten, Reggsbl. v. 1853, S. 937 und 957.) 929—930.

23. Aug. — — Veränderung von Gerichts- u. Amtsbezirken betr. 937—940.

25. Aug. **Armee-Befehl.** 913—928.

26. Aug. **Bekanntmachung,** die Verlegung des Rentamtssitzes von Wettenhausen nach Burgau betr. 939—940.

---

*) Zollvereinsvertrag, der, und der Zollvereinstarif für die neue Zollvereinsperiode vom 1. Juli 1865 an, Berlin 1865, Hasselberg.

**) Siehe Zoll- und Handelsvertrag zwischen Oesterreich und dem Zollvereine. Berlin 1865, Hasselberg. — Siehe auch hinsichtlich der einschlägigen Literatur bis zum Jahre 1866 auf dem Gebiete der Justiz und Verwaltung überhaupt: L. Hauff's Uebersicht der Literatur der bayer. Gesetzgebung auf dem Gebiete des Rechts und der Verwaltung, München 1866, bei E. H. Gummi; sowie das bei Palm & Enke in Erlangen erschienene alphabetische Verzeichniß juridischer Werke.

2. Dez. **Bekanntmachung,** die Verlegung des Rentamtsitzes von Aschach nach Kissingen betr. 1377—1378.

4. Dez. **Erkenntniß** des O.=A.=G. i. S. deß Xaver Bauer von Piesenkofen gegen Georg Pfistershamer von Tegernbach, wegen Eigenthumsstörung, nun den bejahenden Competenzconflict zwischen der k. Regierung von Oberbayern, K. d. J., und dem k. Landgerichte Neumarkt an der Rott betr. (die Gerichte zur Zeit nicht zuständig). 1577—1582. (S. auch O.=A.=G.=E. vom 18. Sept. 1865 i. S. Huber und Pfistershamer. 1073—1081.)

— — — i. S. des Baders Georg Dotzler von Gräfenberg gegen die Armenpflege Ermreuth wegen Kurkostenforderung, hier den bejahenden Competenzconflict zwischen dem k. Landgerichte Gräfenberg und der k. Regierung von Oberfranken, K. d. J., betr. (die Verwaltungsbehörden zuständig). 1582—1585.

9. Dez. **K. Allerh. Verordnung,** das Paßwesen betr. (S. auch Bekanntmachung vom 9. März 1866, die Einführung der Paßkarten betr., Reggsbl. von 1866, S. 243—244.) 1409—1420.

13. Dez. **Bekanntmachung,** Uebereinkunft zwischen Bayern, Sachsen, Hannover und Württemberg bezüglich der Paß= und Fremdenpolizei betr. 1393—1395. Hiezu: diese Uebereinkunft vom 7. Februar 1865. S. 1395—1401.

14. Dez. — — den zu Paris abgeschlossenen internationalen Telegraphen=Vertrag betr. 1425—1428. Hiezu: dieser Vertrag, d. d. 17. Mai 1865, S. 1427—1522.

— — — den deutsch=österreichischen Telegraphen=Verein betr. 1523—1524. Hiezu: dieser Telegraphenvereins=Vertrag 1525—1568.

15. Dez. — — die Verloosungen der bayerischen Staatsschuld im Jahre 1866 betr. 1572—1573.

28. Dez. — — Uebereinkunft zwischen Bayern, Sachsen, Hannover und Württemberg, bezüglich der Paß= und Fremdenpolizei betr. (Beitritt der freien Stadt Bremen.) 1571—1572.

— — — die Verloosung der 4%igen und 4½%igen Eisenbahnschuld betr. 1573—1575.

— — — die Verloosung des Militär=Anlehens zu 4½% von 1855 betr. 1575—1576.

30. Dez. — — die Auflösung des Nebenzollamtes II Nonnenhorn im Hauptzollamtsbezirke Lindau betr. 1577.

Regierungsblatt von 1866.

4. Dez. 1865. **Erkenntniß** des O.=A.=G. i. S. der Schleehofbesitzer Caspar Roth und Genossen gegen die Gemeinde Unterdürrbach wegen Forderung, hier bejahenden Competenzconflict zwischen der k. Regierung von Unterfranken und Aschaffenburg, K. d. J., und dem k. Landgerichte Würzburg rechts d. Ms. betr. (die Verwaltungsbehörden zuständig). 5—16.

18. Dez. — — i. S. der Gasthofbesitzerseheleute Wilhelm Alois und Amalie Peip in Hof gegen die Stadtgemeinde

Hof wegen Servitut und Eigenthumsbeeinträchtigung, hier den bejahenden Competenzconflict zwischen dem k. Bezirksgerichte Hof und der k. Regierung von Oberfranken, K. d. J., betr. (die Verwaltungsbehörden zuständig). 37—45.

18. Dez. 1865. **Erkenntniß** des O.-A.-G. i. S. des Schullehrers Ignaz Spring gegen den Schullehrer Johann Baptist Schwenk, beide von Prettelshofen, wegen Dienstholzbezuges, nun den verneinenden Competenzconflict zwischen dem k. Landgerichte und dem k. Bezirksamte Wertingen betr. (die Verwaltungsbehörden zuständig). 46—51.

— — — im Betreffe der Tax- und Stempelpflichtigkeit der Vormerkung über die schriftliche Anmeldung des Kaufmanns Willibald Unger von Eichstätt seiner Firma zum Eintrage in das Handelsregister, hier des bejahenden Competenzconflictes zwischen der k. Regierung von Mittelfranken, K. d. Finanzen, und dem k. Handelsgerichte Nürnberg. (Die Finanzbehörden zuständig zur Entscheidung der Frage über die Tax- und Stempelpflichtigkeit der betreffenden Vormerkung.) 68—76.

27. Dez. **Bekanntmachung,** die Auflösung des Reviers Lauenstein im Forstamte Kronach betr. (Vereinigung mit dem Revier Lauenhain). 37.

2. Jan. 1866. **Bekanntmachung,** die Erbauung einer stehenden Brücke über die Waal bei Brommel betr. 25—36.

10. Jan. — — die Nachsteuerverhältnisse Rußland gegenüber betr. 65—67.

13. Jan. — — Graf von Waldkirch'sche Familien-Fideicommiß Schermau betr. 185—190.

15. Jan. — — die Verloosung der 4%- und 4½%igen Eisenbahnschuld betr. 89—104.

— — — die VIII. Verloosung des Militär-Anlehens von 1855 betr. 105—118.

23. Jan. **Sitzung des k. Staatsraths-Ausschusses** (der Recurs von Johann Michel und Genossen, Besitzern walzender Grundstücke in der Dreyberger Zehentflur wegen Concurrenz zur Tilgung von Kriegskosten der Gemeinde Großreuth, k. Bezirksamts Nürnberg, wurde an das k. Staatsministerium des Innern abgegeben). 140.

27. Jan. **Bekanntmachung,** die Aufhebung des Steuermanns- und Lootsenzwanges auf dem Rhein betr. 137—139.

28. Jan. — — Uebereinkunft zwischen Bayern, Sachsen, Hannover und Württemberg, bezüglich der Paß- und Fremdenpolizei betr. (Beitritt von Schwarzburg-Sondershausen) 139—140.

31. Jan. — — die Verlängerung des Vertrages wegen Fortdauer des Anschlusses des Fürstenthums Pyrmont an das Zollsystem Preußen's und der übrigen Staaten des Zollvereins betr. 157—160.

1\. Febr. **K. Allerh. Verordnung,** die Tara für Rohzucker betr. 153—156.

— — — die Berechnung der Steuer für Bereitung von Zucker aus getrockneten Rüben betr. 155—158.

6\. Febr. **Bekanntmachung,** die Fortdauer des Anschlusses des Großherzogthums Luxemburg an das Zollsystem Preußen's und der übrigen Staaten des Zollvereins betr. 160—166.

16\. Febr. — — den Vollzug des Art. 24 des Münzvertrages vom 24. Januar 1857 betr. 213—214.

22\. Febr. **K. Allerh. Verordnung,** die Theilung der Beheizungs-Aversen bei eintretendem Wechsel der Amts- und Gerichtsvorstände betr. 241—244.

26\. Febr. **Bekanntmachung,** die XXXI. Verloosung der Grundrenten-Obligationen betr. 209—211.

— — — die IV. Verloosung des neuen allgemeinen Anlehens à 4½ % von 1857 betr.

9\. März. — — die Einführung der Paßkarten betr. 243—244. (S. Allerh. V. O. vom 9. Dezember 1865, Reggsbl. von 1865, S. 1409—1420.)

— — — unerhobene Capitalien der bayerischen Staatsschuld betr. 267—280.

12\. März. — — die Fortsetzung der Eisenbahn-Anlehen betr. 257—259.

15\. März. **K. Allerh. Verordnung,** den Verkauf von cosmetischen und Geheimmitteln betr. 265—268. (Abänderung des §1 der gleichnamigen Verordnung vom 17. Mai 1863, Reggsbl. von 1863, S. 741.)

— **Bekanntmachung,** die XXXI. Verloosung der 4 %igen Grundrenten-Ablösungs-Schuldbriefe betr. 281—286.

— — — die IV. Verloosung des neuen allgemeinen Anlehens vom Jahre 1857 zu 4½ % betr.

— **K. Allerh. Verordnung,** den Gifthandel betr. 313—328.

— — — die Berechtigung zur Zubereitung und Abgabe von Arzneien betr. 329—353.

— — — die Verpflichtungen der zur Zubereitung und Abgabe von Arzneien berechtigten Personen betr. 353—372.

— — — die Abgabe von Heilmitteln ohne thierärztliche Anweisung betr. 373—374.

— — — die Baderordnung betr. 375—392.

— — — Abänderung der §§ 11 und 13 der allgemeinen Bauordnung vom 30. Juni 1864 betr. 393—398. (S. Reggsbl. von 1864, S. 817 ff.)

22\. März. **Bekanntmachung,** die Uebereinkunft zwischen Bayern, Sachsen, Hannover und Württemberg bezüglich der Paß- und Fremdenpolizei betr. (Beitritt von Nassau.)

— — — die Aufhebung von gesetzlichen Bestimmungen auf Grund des Art. 45, Absatz 2 des Polizeistrafgesetzbuches betr. (Aufhebung der in der Pfalz bezüglich der Zeit und Art des Fisch- und Krebsfanges bestandenen gesetzlichen Bestimmungen, insoweit als oberpolizeiliche Vorschriften über den bezeichneten Gegenstand im Polizeistrafgesetzbuche als zulässig erklärt sind.) 311—312. (S. auch Bekanntmachung vom

28. Mai 1862, Reggsbl. S. 928 und Kreisamtsblatt der Pfalz S. 620.)

24. März. **Bekanntmachung,** den Handelsvertrag zwischen dem Zollvereine und Italien betr. 297—310.

27. März. — — die Einführung der Paßkarten betr. (Beitritt des Herzogthums Schleswig zum Paßkartenvertrage vom 21. Okt. 1850.) 401—402.

29. März. — — die Verabfolgung neuer Zinscoupons zu den 4%igen Eisenbahn-Obligationen von 1848 betr. 428—433.

3. April. — — die Uebereinkunft zwischen Bayern, Sachsen, Hannover und Württemberg bezüglich der Paß- und Fremdenpolizei. (Beitritt von Sachsen-Weimar zur deßfallsigen Uebereinkunft v. 7. Febr. 1865.) 403.

5. April. — — die Verloosung der 3½%igen und auf 4% arrosirten Mobilisirungs-Obligationen betr. 434—435.

— — — die Verloosung der 2%igen Capitalien der Stiftungen und Gemeinden betr. 435—436.

— **K. Allerh. Verordnung,** die Verlängerung der Wirksamkeit des rc. rc. verkündeten provisorischen Festungs-Reglements und Bau-Rayon-Regulativs für die Bundesfestungen Ulm und Rastatt betr. 485—487. (S. Gesetz vom 10. Juli 1865 in diesem Betreffe und Allerh. V. O. vom 28. Januar 1863.)

7. April. **Bekanntmachung,** die Uebereinkunft zwischen Bayern, Sachsen, Hannover und Württemberg bezüglich der Paß- und Fremdenpolizei betr. (Beitritt von Sachsen-Meiningen.) 425—427.

10. April. — — das Verbot der Pferdeausfuhr betr. 465—467.

11. April. — — die Herausgabe eines Finanz-Ministerial-Blattes betr. 469—472.

16. April. — — die XVII. und resp. XV. Verloosung der 3½%- und arrosirt 4%igen Staatsobligationen au porteur und auf Namen mit Coupons betr. 473—477.

— — — die V. Verloosung der 2%igen mobilisirten Capitalien der Stiftungen und Gemeinden betr. 478—480.

17. April. **K. Allerh. Entschließung,** die Versammlung der Landräthe für das Jahr 1866/67 betr. 487—488.

26. April. **Bekanntmachung,** die Erhöhung der Pensionen der Advokaten-Wittwen und -Waisen betr. 501—503.

3. Mai. — — die Erneuerung des Vertrages zwischen dem Zollvereine und der freien Stadt Bremen, wegen Beförderung der gegenseitigen Verkehrsverhältnisse betr. 517—534.

— — — die Uebereinkunft mit mehreren deutschen Staaten wegen der Verpflegung erkrankter und der Beerdigung verstorbener gegenseitiger Staatsangehöriger betr. (Beitritt Hamburg's) 535.

7. Mai. **Erkenntniß** des O.-A.-G. i. S. der freiherrlich von Lotzbeck'schen Rentenverwaltung Weyhern gegen den Wirth Xaver Willibald und Müller Joseph Brügelmaier zu Odelzhausen wegen Beitrags zu den auf Reinigung der Glon erwachsenen Kosten, hier den verneinenden Competenzconflict zwischen dem

31. Okt. **Abschied für den Landrath von Oberbayern.** 1613—1636.
— " " " " " **Niederbayern.** 1661—1676.
— " " " " **der Oberpfalz und von Regensburg.** 1677—1690.
2. Nov. " " " " " **Pfalz.** 1693—1710.
— " " " " **von Schwaben und Neuburg.** 1773—1792.
— " " " " " **Mittelfranken.** 1711—1726.
4. Nov. **Bekanntmachung**, die Eintheilung der Bergreviere betr. (Einverleibung der Bergreviere Sonthofen und Bergen in's Bergrevier München.) 1692.
6. Nov. **Abschied für den Landrath von Unterfranken und Aschaffenburg.** 1757—1770.
7. Nov. " " " " " **Oberfranken.** 1741—1758.
— **Armee-Befehl.** 1691 -1692.
16. Nov. **Bestätigungsurkunde** des freiherrlich v. Seckendorf-Gutend'schen Familienfideicommisses Oberuzenn. 1841—1856.
23. Nov. **K. Allerh. Verordnung**, die pragmatischen Rechte der Oberstaatsanwälte an den Appellationsgerichten (diess. d. Rhs.), sowie des Generalstaatsanwaltes und der Staatsanwälte am Oberappellationsgerichte betr. 1837—1840.
28. Nov. **Bestätigungsurkunde** des Johann Jacob von Stetten'schen Familienfideicommisses Burtenbach. 1933—1955.
30. Nov. **Bekanntmachung**, den Verkehr mit den Ländern der österreichischen Monarchie betr. 1861—1863.
6. Dez. **K. Allerh. Verordnung**, Maßregeln gegen die Rinderpest 1877—1902. (S. die gleichnamige V. O. vom 3. Juli 1867, Regierungsblatt von 1867, S. 777—806.)
8. Dez. **Bekanntmachung** im nämlichen Betreffe. 1903—1904.
11. Dez. — — die Emission unverzinslicher Cassaanweisungen betreffend. 1909—1918.
— die Verloosung der bayerischen Staatsschuld im Jahre 1867 betr. 1919—1921.
14. Dez. — — die Emission unverzinslicher Cassaanweisungen betr. 1919.
— **K. Allerh. Entschließung**, die Einberufung des Landtages betr. (Einberufung auf 5. Januar 1867.) 1965—1968.
15. Dez. **Bekanntmachung**, die Verabfolgung der neuen Zinscoupons zu den 4 %igen Eisenbahnobligationen vom Jahre 1848 betr. 1956.
17. Dez. **K. Proclamation.** 1925—1928.
20. Dez. **Bekanntmachung**, die Uebereinkunft mit einigen Cantonen der Schweiz über die gegenseitige Verpflegung von Erkrankten und die Beerdigung von Verstorbenen betr. (Beitritt des Cantons Thurgau.) 1967—1968 (S. Bekanntmachung vom 1. Sept. 1862, Reggsbl. 1862, S. 2175.)
— — — die Stellvertretung für die technischen Mitglieder bei den Berggerichten betr. 1973—1976. (S. das neue Berggesetz vom 20. März 1869 im Gesetzblatte von 1869, S. 673—774 — und die A. V. O., die Organisation der Bergbehörden betr. Reggsbl. v. 1869, S. 1049—1056.)

Regierungsblatt von 1867.

26. März. **Erkenntniß** des O.=A.=G. i. S. des Kaminkehrers Karl Dirrmaier von Kötzting gegen den Posthalter Wolfgang Rösch von dort wegen Kaminkehrerlöhnen, hier die Anregung eines verneinenden Competenzconflictes zwischen der k. Regierung von Niederbayern und dem k. Bezirksgerichte Straubing betr. (Verneinender Competenzconflict liege nicht vor.) 403—408.

— — — i. S. der Dannheimer'schen Relicten von Kempten gegen die Stadtgemeinde Kempten wegen Eindeckung des Stadtbaches, nun den bejahenden Competenzconflict zwischen der k. Regierung von Schwaben und Neuburg, K. d. J., und dem k. Stadtgerichte Kempten betr. (die Verwaltungsbehörden zuständig). 411—417.

— — — im Betreffe des Anspruches des Stadtmagistrats Würzburg auf das Vermögen des waffenunwürdigen Bäckergesellen Erwin Joseph Böhnlein von da wegen dessen Verpflichtung zur Stellung eines Ersatzmannes, nun den bejahenden Competenzconflict zwischen der k. Regierung von Unterfranken und Aschaffenburg, K. d. J., und dem k. Stadtgerichte Würzburg betr. (Ein bejahender Competenzconflict liegt nicht vor.) 418—426.

27. März. — — i. S. des Gütlers Urban Mayer von Hohenbercha gegen die Gemeinde daselbst wegen Entschädigung, hier den bejahenden Competenzconflict zwischen dem k. Stadt= und Landgerichte Freising und der k. Regierung von Oberbayern, K. d. J., betr. (die Verwaltungsbehörden zuständig). 426—432.

— — — i. S. des Austragsschuhmachers Simon Gasteiger von Wolfsegg gegen den Gemeindevorsteher Franz Plankl daselbst wegen Entschädigung, nun den bejahenden Competenzconflict zwischen der k. Regierung von Niederbayern, K. d. J., und dem k. Landgerichte Eggenfelden betr. (die Gerichte zur Zeit nicht zuständig). 432—437.

28. März. — — i. S. des Gütlers Georg Herwich von Kleeberg gegen den Bauer Johann Lins zu Eglsee und Genossen wegen Entschädigung, nun den verneinenden Competenzconflict zwischen dem k. Appellationsgerichte und der k. Regierung der Oberpfalz und von Regensburg, K. d. J., betr. (die Gerichte zuständig, bezüglich der Entschädigungsklage vom 10. Dez. 1864). 441–452.

— — — i. S. des Sct. Johannis=Zweigvereines zu Kempten gegen die Landgemeinde Oberzell wegen Kostgeldforderung, nun den bejahenden Competenzconflict zwischen der k. Regierung von Schwaben und Neuburg, K. d. J, und dem k. Bezirksgerichte Kempten betr. (die Verwaltungsbehörden zuständig). 457—465.

— — — i. S. der Gemeinde Traunried gegen die Gemeinde Schwabmünchen wegen Unterhaltung einer Weg=

strecke, hier den bejahenden Competenzconflict zwischen der k. Regierung von Schwaben und Neuburg, und dem k. Bezirksgerichte Augsburg betr. (die Verwaltungsbehörden zuständig). 465—470.

29. März. **Erkenntniß** des O.=A.=G. i. S. des Wagners Georg Hofmann von Leidendorf und Genossen, Zehentholden der Pfarrei Burgoberbach, gegen die Pfarrei Burgoberbach wegen Vertragsauflösung und Urkundenedition, nun den bejahenden Competenzconflict zwischen dem k. Bezirksgerichte Ansbach und dem k. Bezirksamte Feuchtwangen betr. (die Verwaltungsbehörden zuständig). 471—479. [(S. auch die drei in der Zehentfixationssache der Pfarrei Burgoberbach erlassenen Erkenntnisse des Competenzconflicts=Senates des O.=A.=G., nämlich vom 11. Nov. 1862 (Reggsbl. S. 2549) — 19. Dez. 1864 (Reggsbl. v. 1865, S. 11) und vom 8. Mai 1866 (Reggsbl. S. 631.)]

1. April. **Bekanntmachung,** Maßregeln gegen die Rinderpest betr. (Fortdauer der Seuche in 4 österreichischen Kronländern). 377—379.

2. April. — — die Verloosung der 3½%= und arrosirt 4%igen Mobilisirungs=Obligationen betr. 379—380.

— — — die Verloosung der 2%igen Capitalien der Stiftungen und Gemeinden betr. 381.

3. April. — — die Revision der Arzneitaxe betr. 393—403. (S. § 10 der Allerh. V. O. vom 1. März 1857, die Arznei=Taxe für das Königreich Bayern betr.)

15. April. — — die XVIII. und beziehungsweise XVI. Verloosung der 3½%= und arrosirt 4%igen Staatsobligationen au porteur und auf Namen mit Coupons betr. 491—495.

— die VI. Verloosung der 2%igen mobilisirten Capitalien der Gemeinden und Stiftungen betr. 496—499.

16. April. — — Maßregeln gegen die Rinderpest betr. (Erlöschen der Seuche in Böhmen). 489—491.

29. April. die Reorganisation der technischen Lehranstalten, hier: das Forstunterrichtswesen betr. 505—507.

1. Mai. — — die Arzneitaxe für das Königreich Bayern betr. (Herausgabe einer neuen amtlichen Ausgabe hierüber.) 537—539.

— — — die I. Prämienziehung der 4%igen bayerischen Prämienanleihe von 1866 betr. 539—544.

4. Mai. — — Maßregeln gegen die Rinderpest betr. (wegen Ausbruches derselben in Coburg und Meiningen). 539—540.

9. Mai. — — die Pariser Telegraphen=Convention, hier die telegraphische Correspondenz nach Algier und Tunis betr. 564—568.

10. Mai. — — die Hauptrechnung der allgemeinen Brandversicherungs=Anstalt für das Jahr 1865/66 betr. 569—571.

— — — die Errichtung einer Post= und Bahnverwaltung in Reichenhall und die Umwandlung der Post= und Bahnverwaltung Starnberg in eine Expedition betr. 582.

12. Mai. — — Maßregeln gegen die Rinderpest betr. (Ausbruch der Rinderpest in Sachsen=Weimar=Eisenach.) 561—563.

20. Mai. **Bekanntmachung,** die Reorganisation der technischen Lehranstalten, hier die Prüfungen der Adspiranten für den Berg-, Hütten- und Salinendienst betr. 595—596.

22. Mai. **K. Allerh. Entschließung,** die Versammlung der Landräthe für das Jahr 1868 betr. 593—596.

28. Mai **Bekanntmachung,** Maßregeln gegen die Rinderpest betr. (wegen Erlöschung der Seuche in Niederösterreich. 609 - 611.

6. Juni. — — den Vollzug des Art. 24 des Münzvertrages vom 24. Januar 1857 betr. 665—666.

8. Juni. **K. Allerh. Verordnung,** die Gründung eines Pensions-Vereines für Wittwen und Waisen der Notare in den Landestheilen diess. d. Rhs. betr. 633—664.

14. Juni. **Bekanntmachung,** freiherrlich Johann Nepomuk Voith von Voithenberg'sches Familienfideicommiß Herzogau betr. 737—741.

15. Juni. **K. Allerh. Verordnung,** Maßregeln gegen ansteckende Viehkrankheiten betr. 681—736.

30. Juni. **Bekanntmachung,** die Herbeiführung eines gegenseitigen Schutzes der Waarenbezeichnungen, insbesondere hinsichtlich des Großherzogthums Hessen-Darmstadt betr. 761—763.

1. Juli. **Erkenntniß** des O.-A.-G. i. S. der Districtsgemeinde Nürnberg gegen die Districtsgemeinde Fürth wegen Diffamation, nun den bejahenden Competenzconflict zwischen der k Regierung von Mittelfranken, K. d. J., und dem k. Bezirksgerichte Nürnberg betr. (die Verwaltungsbehörden zuständig). 841—851.

— — — i S. des Müllers Georg Rast auf der Haberstumpfmühle gegen die Wiesenculturgenossenschaft Wölflinger und Genossen von Etzenricht wegen Errichtung eines neuen Werkes, nun den bejahenden Competenzconflict zwischen dem k. Appellationsgerichte und der k. Regierung der Oberpfalz und von Regensburg, K. d. J., betr. (die Gerichte nicht zuständig zur Verhandlung über die klägerischen Provisionalanträge). 852—861.

2. Juli. — — i. S. der Landgemeinde Herrnbergtheim gegen Johann Andreas Supp von dort wegen Haltung eines Zuchtstieres, nun den verneinenden Competenzconflict zwischen dem k. Appellationsgerichte von Mittelfranken und dem k. Bezirksamte Uffenheim betr. (die Verwaltungsbehörden zuständig). 871—878.

— — — i. S. des Oekonomen Franz Niebling auf der Neumühle bei Würzburg gegen den k. Fiscus wegen Entschädigung, nun den bejahenden Competenzconflict zwischen der k. Regierung von Unterfranken und Aschaffenburg, K. d. J., und dem k. Bezirksgerichte Würzburg betr. (die Gerichte zur Zeit nicht zuständig). 881—890.

3. Juli. **K. Allerh. Verordnung,** Maßregeln gegen die Rinderpest betr. (Revision der Allerh. V. O. vom 6. Dezember 1866, Reggsbl. von 1866, S. 1877—1902.) 777—806.

Regierungsblatt von 1868.

18. Mai. **Erkenntniß** des O.=A.=G. in der Gantsache des Lederfabrikbesitzers Anton Streicher in München wegen öffentlichen Verkaufs von Grundstücken, nun den bejahenden Competenzconflict zwischen der k. Regierung von Oberbayern, K. d. J., und dem k. Bezirksgerichte München l./J. betr. (die Gerichte nicht zuständig zur Verfügung über diejenigen Grundparzellen, welche als Strassentheile bestimmt waren). 853—866.

— — — i. S. des Bauers Joseph Frankenberger von Engertsham gegen den Bauer Johann Resch von Wallham wegen Weggerechtigkeit, hier die Anregung eines verneinenden Competenzconflictes zwischen dem k. Landgerichte Passau II als Verwaltungsbehörde nach der älteren Formation und derselben Behörde als Civilgericht nach der Formation vom Jahre 1862 betr. (Verneinender Competenzconflict sei nicht gegeben.) 875—883.

19. Mai. — — i. S. der Krämerseheleute Joseph und Maria Kainz von der Vorstadt Au wegen Constatirung eines Branntweinverkaufsrechtes als Bestandtheil ihrer realen Stahlkrämerei=Gerechtsame, hier den bejahenden Competenzconflict zwischen der k. Regierung von Oberbayern, K. d. J., und dem k. Stadtgerichte München rechts d. J. betr. (die Verwaltungsbehörden zuständig). 919—926.

— — — i. S. der Bauerswittwe Maria Knöpfle von Kierberg gegen die Bauern Franz Schäffler und Joseph Hatzlmann von dort wegen Theilung von Grundstücken, hier den bejahenden Competenzconflict zwischen der k. Regierung von Schwaben und Neuburg, K. d. J., und dem k. Bezirksgerichte Memmingen betr. (die Verwaltungsbehörden zuständig). 983—988.

25. Mai. **Bekanntmachung**, die Betheiligung der Districtspolizeibehörden bei der Strafrechtspflege betr. 833—835. (S. die Allerh. V. O. vom 20. Juli 1867, Reggsbl. v. 1867, S. 865—870.)

26. Mai. **K. Allerh. Proclamation** gelegentlich der Feier des fünfzigjährigen Bestehens der bayerischen Staatsverfassung. 825—828.

— **Vertrag** zwischen Bayern und den vereinigten Staaten von Nordamerika über die Staatsangehörigkeit der wechselseitigen Einwanderer. 2155—2162.

— **Erläuterndes Protokoll** hiezu vom nämlichen Tage. 2163—2172. (S. auch den hiedurch nicht aufgehobenen und unveränderten Vertrag zwischen denselben paciscirenden Mächten vom 12. September 1853.)

29. Mai. **Bekanntmachung**, die Gehaltsbezüge des k. Forstpersonales betr. 849—853.

30. Mai. **Uebereinkunft** zwischen der bayerischen und französischen Regierung über die bei Ausweisung von Unterthanen des

einen oder des anderen Staates zu beobachtenden Förmlichkeiten. 1179—1182.
(Bekanntmachung dieser Uebereinkunft unter'm 6. Juli 1868.)

31. Mai. **Bekanntmachung**, die Verzinsung der Amtsbürgschafts-Capitalien betr. 866—868.

4. Juni. — — Uebereinkunft zur Verbesserung des Looses der im Kriege Verwundeten betr. (Beitritt der päpstlichen Regierung zur Genfer Uebereinkunft vom 22. August 1864.) 873—874.

7. Juni. **Abschied für den Landrath von Unterfranken und Aschaffenburg.** 905—918.

— „ „ **den Landrath von Niederbayern.** 937—956. (desgl.)

9. Juni. „ „ „ „ **der Oberpfalz und von Regensburg.** 961—976.

15. Juni „ „ „ „ **von Oberbayern.** 993—1012.

— „ „ „ „ **der Pfalz.** 1193—1214.

— „ „ „ „ **von Oberfranken.** 1215—1230.

— „ „ „ „ „ **Mittelfranken.** 1305—1322.

16. Juni. **Bekanntmachung**, den Vollzug des Budgets für die IX. Finanzperiode betr. 977—979.

17. Juni. — — Maßregeln gegen die Rinderpest betr. (wegen Erlöschung der Seuche in der Bukowina). 979—980.

19. Juni. **Abschied für den Landrath von Schwaben und Neuburg.** 1323—1340

20. Juni. **Bekanntmachung**, die Visitation der Stadt- und Landgerichte und Notariate in den Landestheilen diess. d. Rhs. betr. (Abänderung einiger Bestimmungen der gleichnamigen Bekanntmachung vom 20. Februar 1863). 980—982. (S. auch Justiz-Minist.-Entschließung vom 23. Mai 1864 hinsichtlich der Visitationen der Strafanstalten im Justizministerialblatt von 1864.)

22. Juni. **Vollzugsvorschriften** über die Vornahme des Ersatzgeschäftes zu Abschnitt VI und VII des Wehrverfassungsgesetzes vom 30. Januar 1868. 1043—1128.

— **Erkenntniß** des O.-A.-G. i. S. der Stadtgemeinde Passau gegen den Hausbesitzer Anton Hofbauer daselbst wegen Dienstbarkeit (Servitut), nun den bejahenden Competenzconflict zwischen der k. Regierung von Niederbayern, K. d. J, und dem k. Stadtgerichte Passau betr. (diese Competenzconflictsanregung sei unzuläſſig). 1231—1236.

— — — i. S. des Wirths Franz Reitinger von Samere gegen den Wirth Johann Hubersberger zu Rainding, wegen Gewerbsbeeinträchtigung, nun den bejahenden Competenzconflict zwischen der k. Regierung, K. d. J., und dem k. Appellationsgerichte von Niederbayern betr. (die Verwaltungsbehörden zuständig). 1281—1291.

23. Juni. — — i. S. des Metzgers Anton Wildthum von Regensburg gegen den Stadtmagistrat Regensburg wegen Entschädigung, nun den bejahenden Competenzconflict zwischen der k. Regierung der Oberpfalz und

von Regensburg, K. d. J., und dem k. Stadtgerichte Regensburg betr. (diese Competenzconflictsanregung sei unzulässig). 1292—1300.

— — — i. S. der Gemeinde Frauenneuharting gegen den Schullehrer Wendelin Dietz in Steinhöring wegen Forderung, nun den bejahenden Competenzconflict zwischen der k. Regierung von Oberbayern, K. d. J., und dem k. Landgerichte Ebersberg betr. (die Verwaltungsbehörden zuständig). 1341—1350.

25. Juni. **K. Allerh. Verordnung**, den Handel mit Landesproducten im Umherziehen betr. 1025—1028.

— — — den Marktverkehr betr. 1029—1034.
Formular hiezu: 1035—1036.

— — — die Verhältnisse der Bader betr. 1129—1148.

26. Juni. **Bekanntmachung**, den Vollzug des Wehrverfassungsgesetzes vom 30. Januar 1868 betr. 1041—1042.
Vollzugsvorschriften hiezu und Tabellen: 1043—1128.

29. Juli. — — die Einberufung der besonderen Ausschüsse zur Berathung der militärischen Strafgesetz-Entwürfe betr. (auf 13. Juli 1868). 1037—1038.

3. Juli. **K. Allerh. Verordnung**, die Schau- und Vorstellungen betr. 1161—1170.
Hiezu: 2 Formulare rc. 1171—1178.

4. Juli. **Bekanntmachung**, Maßregeln gegen die Rinderpest, (wegen Erlöschung der Seuche in Niederösterreich.) 1127.

5. Juli. — — den Anschluß der österreichischen Gemeinde Jungholz an das bayerische Zoll- und indirecte Steuersystem betr. 1183—1184. (S. sub 8. Juli.)

6. Juli. — — die Ausweisung bayerischer Staatsangehöriger aus Frankreich und französischer Staatsangehöriger aus Bayern betr. 1178—1182.

8. Juli. — — den Anschluß der zur Grafschaft Tyrol gehörigen Gemeinde Jungholz an das bayerische Zoll- und indirecte Steuersystem. 1241—1264. (S. sub 5. Juli.)

— — — die Regie-, dann die Diäten- und Reise-Aversen der Kreis- und äußeren Baubehörden betr. 1265.

9. Juli. **K. Allerh. Verordnung** zum Vollzuge des Art. 17 des Gesetzes vom 2. Mai 1868 über Schließung und Trennung der Ehen der keiner anerkannten Religionsgesellschaft angehörigen Personen. (Bestimmung der zuständigen Ehegerichte.) 1273—1276.

10. Juli. **Bekanntmachung**, die Aushebung der Wehrpflichtigen der Altersklasse 1847 betr. 1266—1267.

11. Juli. — — die Diäten der technisch geprüften Baucandidaten und der praktisch geprüften Baupraktikanten betr. 1267—1268.

13. Juli. — — die Verlegung des Sitzes der Baubehörden von Regen nach Zwiesel betr. 1353—1354.

14. Juli. — — den Verkehr mit Spielkarten betr. 1277—1280.

15. Juli. — — den Handels- und Zoll-Vertrag mit Oesterreich betr. 1449—1452.
Hiebei: Handels- und Zoll-Vertrag, Tarif rc. 1464. (Beilage.)

15. Aug. **Bekanntmachung,** Zusatz-Akt zu dem Handels- und Schifffahrts-Vertrage mit Spanien. 1597—1599.

20. Aug. — — aller Staatsministerien (mit Ausnahme desjenigen des Krieges), die Verehelichung der Staatsdienstadspiranten und der nur widerruflich im öffentlichen Dienste verwendeten Individuen betr. (Hebt die gleichnamige Bekanntmachung vom 14. Juni 1854, Reggsbl. S. 385 ff., auf) 1609—1612. [S. auch die Allerh. V. O. vom 28. Aug. 1868 im Betreffe der dienstlichen Verehelichungsbewilligung für Beamte und öffentliche Diener. 1633—1638.]

25. Aug. — — Maßregeln gegen die Rinderpest betr. (wegen Ausbruches in der italienischen Provinz Udine). 1613—1614.

— **K. Allerh. Verordnung,** die allgemeine Schützenordnung für das Königreich Bayern betr. (hebt die Schützenordnung vom 21. Juli 1796 auf). 1729—1778.

26. Aug. **Bekanntmachung,** die Verpflichtungen der waffendienstunwürdigen Deserteurs zur Bereitschaft für militärische Arbeiten betr. 1614—1615.

27. Aug. — — den gegenseitigen Schutz der Waarenbezeichnungen in Deutschland betr. (bezügliche Vereinbarung mit anderen deutschen Staaten). 1639—1640.

— — — — den Postvertrag mit der Schweiz betr. 1649—1686.

28. Aug. **K. Allerh. Verordnung,** die dienstliche Verehelichungs-Bewilligung für Beamte und öffentliche Diener betr. 1633—1638. (S. auch Bekanntmachung vom 20. August 1868.)

29. Aug. **Bekanntmachung,** den Anschluß von Mecklenburg und Lübeck an den Zollverein betr. 1689—1691.

— — — die Aufhebung von Nebenzollämtern betr. (Nebenzollamt II Wertach, Hauptzollamts Pfronten, und Nebenzollamt II Neuburg am Inn, Hauptzollamts Passau).. 1720.

3. Sept. **K. Allerh. Verordnung,** die Reorganisation der technischen Lehranstalten, hier die Errichtung von Industrieschulen betr. 1697—1700.
Hiezu: Organische Bestimmungen für die Industrieschulen in Bayern. 1701—1720.

11. Sept. **Bekanntmachung,** die Vereinigung der Forstämter Bruck und Waldmünchen betr. 1785—1786.

— — — die Vereinigung des Triftamtes Neustadt a./H. mit dem Forstamte Dürkheim betr. 1787.

14. Sept. **Erkenntniß** des O.-A.-G. i. S. der Stempelcontravention des k. Advokaten Dr. Berlin in Ansbach, nun den bejahenden Competenzconflict zwischen der k. Regierung von Mittelfranken, K. d. Finanzen, und dem k. Stadtgerichte Ansbach betr. (die Verwaltungsbehörden (Finanzbehörden) seien zur Entscheidung der Vorfrage zuständig, ob und welcher Stempel zu dem Pachtvertrage 2c. 2c. hätte angewendet werden sollen). 2078—2085.

— — — i. S. des Kaufmanns Daniel Zehnder von München gegen die Steinkohlen-Gewerkschaft

Miesbach, wegen Muthung, nun den bejahenden Competenzconflict zwischen der k. Generalbergwerks- und Salinen-Administration und dem k. Bezirksgerichte München rechts d. J. als Berggericht I. Instanz betr. (die k. Verwaltungsbehörden [k. Bergbehörden] zuständig). 2092 bis 2101.

14. Sept. **Erkenntniß** des O.-A.-G. i. S. des Wagners Nikolaus Brunner von Hofolding und Genossen gegen die k. Pfarrpfründe Hohenbrunn wegen Berühmung, nun den bejahenden Competenzconflict zwischen der k. Regierung von Oberbayern, K. d. J., und dem k. Bezirksgerichte München rechts d. J. betr. (die Verwaltungsbehörden zuständig). 2109—2119.

15. Sept. — — des Gutsbesitzers Peter Link von Fröschau gegen den Gutsbesitzer Georg Brunner von Mauschelhof, wegen Wasserbenützung, nun den verneinenden Competenzconflict zwischen der k. Regierung von Mittelfranken, K. d. J., und dem k. Bezirksgerichte Nürnberg betr. (die Verwaltungsbehörden zuständig). 2119—2131.

— — — i. S. d. Bauers Joseph Oswald von Thalkirchen gegen die Stadtgemeinde München wegen Eigenthumsbeschränkung, hier den bejahenden Competenzconflict zwischen der k. Regierung von Oberbayern, K. d. J., und dem k. Bezirksgerichte München rechts d. J. betr. (zur Entscheidung über den Einspruch gegen das Baugesuch bezüglich der polizeilichen Bewilligung zur Bauführung die Verwaltungsbehörden zuständig). 2140—2148.

— — — i. S. der Barbara Ochs, nun verehelichte Ecker gegen den Polizeiofficianten Schnitzlein in München wegen Entschädigung, hier den bejahenden Competenzconflict zwischen der k. Regierung von Oberbayern, K. d J., und dem k. Stadtgerichte München links d. J. betr. (die Gerichte zur Zeit nicht zuständig). 2179—2184. [S. auch Erkenntniß des O.-A.-G. vom 2. Juli 1867 i. S. Niebling gegen den Fiscus wegen Entschädigung. Reggsbl. 1867, S. 881—890.]

16. Sept. **Bekanntmachung,** die Post-Transport-Ordnung für das Königreich Bayern betr. 1801—1804.
Hiezu: Post-Transport-Ordnung, (welche unter Anderm aufhebt:
a) die Estaffeten-Ordnung vom 16. Dezember 1813,
b) die Extrapost-Ordnung vom 1. April 1833,
c) die Bestimmungen vom 10. Juni 1858 über Benützung der Posten). — 1803—1990.

— **K. Allerh. Verordnung,** die Verwaltung und den Betrieb der k. Verkehrsanstalten betr. (Abänderung der Allerh. V. O. in diesem Betreffe vom 16. Februar 1851 — 14. November 1851 und 6. August 1858 — mitgetheilt mittels Bekanntmachung vom 26. September 1868.) 1996—2018.

17. Sept. **Bekanntmachung**, den Familien-Vertrag der Grafen von Schönborn vom 27. April 1857 betr. 2025–2028.
Hiebei: Familienvertrag. 2027—2064.

18. Sept. **Vertrag** zwischen dem Königreiche Bayern und dem Königreiche Italien, die Auslieferung von Verbrechern betr. 2363—2394.

24. Sept. **Bekanntmachung**, die Errichtung eines Landgerichtes in Sct. Ingbert betr. 1991—1992.

26. Sept. — — die Verwaltung und den Betrieb der k. Verkehrsanstalten betr. 1993—1996. (S. die gleichnamige Allerh. V. O. vom 16. Sept. 1868.)

28. Sept. **K. Allerh. Verordnung**, Veränderungen in der Benennung des k. Forstpersonales betr. 2073—2076.

30. Sept. **Bekanntmachung**, den Vertrag vom 26. Mai 1868 über die Staatsangehörigkeit der wechselseitigen Einwanderer zwischen Bayern und Nordamerika betr. 2153—2156. (Den Vertrag s. sub 26. Mai 1868.)

1. Okt. — — die Gegenseitigkeit in Strafsachen mit auswärtigen Regierungen betr. (hier mit Preußen mit Bezug auf Art. 114, 125 und 134 des bayerischen St.-G.-B. vom 10. November 1861 und im Hinblick auf die bezüglichen Paragraphen des preußischen Strafgesetzbuches rc.) 2075—2077.

2. Okt. — — den Anschluß von Mecklenburg und Lübeck an den Zollverein betr. 2137—2140. (S. auch die gleichnamige Bekanntmachung vom 29. Aug. 1868, Regierungsblatt S. 1689—1691.)

3. Okt. — — die Gegenseitigkeit in Strafsachen mit auswärtigen Regierungen betr. (hier mit Italien bezüglich der in den Artikeln 114, 125 und 134 des bayerischen Strafgesetzbuches erwähnten Gegenseitigkeit im Hinblicke auf die bezüglichen Artikel des italienischen Strafrechts). 2105—2110.

5. Okt. — — die Zulassung zur Zollpraxis betr. 2089—2092.

10. Okt. **K. Allerh. Entschließung**, die Versammlung der Landräthe für das Jahr 1869 betr. 2177—2178.

14. Okt. **K. Allerh. Verordnung**, die Rückvergütung des Localmalzaufschlages betr. 2185—2188.

— — — die Vornahme der mikroskopischen Untersuchungen in gerichtlichen Fällen betr. 2187—2190.

— — — die Aufnahme der Adspiranten und Gehilfen für den Dienst der k. Verkehrs-Anstalten betr. 2189—2204.

— — — die XXXVI. Verloosung der Grundrenten-Ablösungs-Schuld betr. 2203—2205.

18. Okt. — — Maßregeln gegen die Rinderpest betr. (wegen Unrichtigkeit der Nachricht vom Ausbruche der Seuche in Udine). 2217—2218.

— — — die Wahl eines neuen Central-Ausschusses zur Verwaltung des Advokaten-Wittwen- und Waisen-Pensionsfonds für die Jahre 1868/71 betr. 2233—2235.

21. Okt. — — Maßregeln gegen die Rinderpest betr. (wegen Erlöschung der Seuche in England und Holland). 2235.

25. Okt. **Telegraphenvereinsbeträge.** A. zwischen Bayern, dem norddeutschen Bunde, Württemberg und Baden. 2643—2650. B. zwischen Bayern, dem norddeutschen Bunde, Württemberg, Baden, Oesterreich mit Ungarn und den Niederlanden. 2649—2656. (Beide Verträge heben den deutsch-österreichischen Telegraphenvereins-Vertrag vom 30. September 1865 auf.)
Telegraphen-Ordnung für den gesammten Telegraphen-Verkehr. 2655—2682.

28. Okt. **K. Allerh. Verordnung,** den Feingehalt und die Probe von Gold- und Silberwaaren betr. 2281—2286. (S. Vollzugs-Bekanntmachung hiezu vom 14. April 1869, Reggsbl. v. 1869, S. 689—696.)

29. Okt. **Bekanntmachung,** das Rechnungswesen bei der Gendarmerie betr. 2241—2242.

30. Okt. — — die XXXVI. Verloosung der 4⅟₂%igen Grundrenten-Ablösungs-Schuldbriefe betr. 2243—2252.

2. Nov. — — den Anschluß hamburgischer Gebietstheile an den Zollverein betr. 2265—2268.

8. Nov **K. Allerh. Entschließung,** die Einberufung des besonderen Ausschusses der Kammer der Abgeordneten für die Berathung der Socialgesetzentwürfe betr. (auf 30. November 1868). 2273—2276

9. Nov. **Erkenntniß** des O.-A.-G. i. S. des Steinbruchbesitzers Grimm von Schwarzenbach a./S. gegen die Stadtgemeinde daselbst wegen Eigenthumsfreiheit, nun den bejahenden Competenzconflict zwischen der k. Regierung von Oberfranken, K. d. J., und dem k. Bezirksgerichte Hof betr. (die Verwaltungsbehörden zuständig.) 2398—2403.

10. Nov. — — i. S. des Wirthes Joseph Wagner von Wilzhofen und Genossen gegen den Anwesensbesitzer Benedict Liebhard von Steinberg wegen Fahrtrechts, nun den bejahenden Competenzconflict zwischen der k. Regierung von Oberbayern, K. d. J., und dem k. Bezirksgerichte Weilheim betr. (die Verwaltungsbehörden zuständig). 2411—2417.

— — — i. S. der Kirchengemeinde Wettelsheim gegen den k. Fiscus wegen Kirchenbaulast, hier Execution, nun den bejahenden Competenzconflict zwischen der k. Regierung K. d. J., und dem k. Appellationsgerichte von Mittelfranken betr. (die Verwaltungsbehörden zuständig zur Verhandlung und Entscheidung darüber, ob und in welcher Weise an dem betreffenden Kirchthurme ein Neubau zu führen sei). 2433—2453.

11. Nov. **Bekanntmachung,** den Schuldenstand der Gemeinden am Schlusse des Jahres 1866/67 betr. (mit Tabelle). 2313—2326.

14. Nov. — — die Einberufung des Landtages betr. 2305—2308.

15. Nov. — den Bau einer stehenden Brücke über den Leck bei Kuilenburg betr. 2307—2309.

16. Nov. **Erkenntniß** des O.-A.-G. i. S. des Oekonomen Wolfgang Höra und Genossen von Haidt gegen die Stadtgemeinde Hof wegen Anerkennung von Pflasterzollfreiheit, nun den bejahenden Competenzconflict zwischen dem k. Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten und dem k. Bezirksgerichte Hof betr. (die Verwaltungsbehörden zuständig). 2459—2466.

18. Nov. **Bekanntmachung,** die Bestimmung der Steuerziele in den dießrheinischen Regierungsbezirken betr. (bezüglich der Grund-, Haus-, Einkommen- und Kapitalrenten-Steuer) 2327—2328. (Hinsichtlich der Gewerbesteuer s. die Bekanntmachung, die Steuerziele für die Gewerbesteuer betr., vom 15. Mai 1868, Reggsbl. 809—811.

24. Nov. — — die Anfertigung neuer 4½ %iger Eisenbahn-Anlehens-Obligationen betr. 2329—2331.

30. Nov. **Ministerial-Erklärung,** eine Uebereinkunft mit der fürstlich Reuß-Plauen'schen Landesregierung älterer Linie über die Aufhebung der gegenseitigen Kostenvergütung in Civil- und strafrechtlichen Requisitionsfällen betr. 2475—2477.

1. Dez. **Bekanntmachung,** die Verloosungen der bayerischen Staatsschuld im Jahre 1869 betr. 2345—2347.

2. Dez. — — den Auslieferungsvertrag mit Italien betr. 2361—2364.

Auslieferungsvertrag vom 18. Sept. 1868. 2365—2393.

— — — den Anschluß hamburgischer Gebietstheile an den Zollverein betr. 2393—2395.

— — — die Veröffentlichung der Handelsregister-Einträge betr. (im „bayerischen Anzeiger für Handelsgerichte und Handelsinteressen" an Stelle der „süddeutschen Presse"). 2395—2396.

5. Dez. — — den Vollzug des bayerisch-württemberg'schen Jurisdictions Vertrages betr. 2396—2397.

7. Dez. **K. Allerh. Entschließung,** die Rangverhältnisse des Personales der k. Hof- und Staatsbibliothek betr. 2409—2412.

10. Dez. **Bekanntmachung,** das Rechnungswesen der polytechnischen Schule München und der Industrie-Schule in Bayern betr. 2457—2458.

16. Dez. — — die Uebereinkunft mit der fürstlich Reuß-Plauen'schen Regierung älterer Linie zu Greiz, die Aufhebung des Kostenersatzes bei Erledigung von Requisitionen in Civil- und Strafsachen betr. 2473—2475.

Die Uebereinkunft selbst, s. Ministerialerklärung vom 30. Nov. 1868. 2475—2477.

19. Dez. **K. Allerh. Verordnung,** das Regulativ über die Beiträge zur Gendarmerie-Wittwen- und Waisen-Pensions-Cassa und über die Pensionen der Wittwen der Gendarmerie-Mannschaften vom Oberbrigadier abwärts betr. 2489—2492.

— — — die Organisation der Gendarmerie in der Pfalz betr. 2495—2532.

20. Dez. **K. Allerh. Verordnung,** die Handels- und Gewerbekammern, dann die Handels-, Fabrik- und Gewerberäthe betr. 2553—2566.
23. Dez. **Bekanntmachung,** das Finanzrechnungswesen betr. 2537—2548.
24. Dez. — — Telegraphen-Verträge betr. 2569—2572.
(Veröffentlicht den Telegraphenvertrag vom 21. Juli 1868, die Telegraphen-Vereinsverträge vom 25. Okt. 1868 und die neue Telegraphenordnung, s. sub 21. Juli 1868 und 25. Okt. 1868 oben.)

Regierungsblatt von 1869.

21. Dez. 1868. **Erkenntniß** des O.-A.-G. i. S. des Lehrers Engelbert Zeiß und fünf Genossen von Schweinfurt gegen die Schramm'sche Kirchen- und Schulstiftung daselbst wegen Forderung, nun den bejahenden Competenzconflict zwischen der k. Regierung von Unterfranken und Aschaffenburg, K. d. J., und dem k. Bezirksgerichte Schweinfurt betr. (die Verwaltungsbehörden zuständig.) 57—67.

— — — i. S. des Johann Michael Ott und vier Genossen von Geißlingen gegen die Gemeinde Geißlingen wegen Anerkennung von Fahrtrechten, hier den bejahenden Competenzconflict zwischen der k. Regierung von Mittelfranken, K. d. J., und dem k. Landgerichte Uffenheim betr. (die Verwaltungsbehörden zuständig). 67—75.

22. Dez. **Bekanntmachung,** die Denaturirung von Vieh- und Gewerbesalz, sowie die Controle hinsichtlich des abgabenfrei verabfolgten denaturirten Salzes betr. 5—10.
Hiezu: die bezüglichen Bestimmungen nebst Beilagen. 9—30.

— **Erkenntniß** des O.-A.-G. i. S. des Heinrich Zehnder von Ebelsbach und Genossen gegen Gottfried Peter Schöner, quiescirten königl. Rentbeamten zu Würzburg wegen Hypothekenlöschung, nun den bejahenden Competenzconflict zwischen der k. Regierung von Unterfranken und Aschaffenburg, K. d. Finanzen, und dem k. Bezirksgerichte Würzburg betr. (die Gerichte zur Zeit nicht zuständig). 81—87.

— — — i. S. des k. Pfarrers Alois Greiner von Oberstimm gegen den k. Pfarrer Joseph Wocher zu Feldheim wegen Forderung, nun den verneinenden Competenzconflict zwischen dem k. Bezirksgerichte und dem k. Landgerichte Aichach betr. (Verneinender Competenzconflict nicht gegeben). 113—125.

29. Dez. **Bekanntmachung,** die XI. Verloosung des Militär-Anlehens zu 4½% von 1855 betr. 31—32.

— — — die Verloosung der 4½%- und 4%igen Eisenbahnschuld betr. 32—33.

3. Mai. **Erkenntniß** des O.-A.-G. i. S. des Georg Dietrich gegen Sebastian Dietrich, Oekonomen von Niederhofen wegen Nutznießung und Entschädigung, nun den verneinenden Competenzconflict zwischen dem k. Bezirksgerichte Donauwörth und dem k. Bezirksamte Nördlingen betr. (Bezüglich der Frage, ob Beklagter dem Kläger die von diesem beanspruchten Gemeindegründe zu überlassen habe, die Verwaltungsbehörden; — bezüglich des seinerzeitigen Entschädigungsstreites aber die Gerichte zuständig.) 909—917.

4. Mai. — — i. S. gegen den Müllermeister Joseph Waldmüller und den Gastwirth Michael Hilpoltsteiner von Burggriesbach wegen Stempeldefraudation, nun den bejahenden Competenzconflict zwischen der k. Regierung von Mittelfranken, K. d. Finanzen, und dem k. Landgerichte Beilngries betr. (die Verwaltungsbehörden zuständig zur Entscheidung der Vorfrage, ob und welcher Stempel hätte angewendet werden sollen). 921–926.

— — — i. S. der Pfarrkirchenstiftung Irsching gegen den Austragsbauern Andreas Lechner zu Rothenfels wegen Forderung, nun den bejahenden Competenzconflict zwischen der k. Regierung von Oberbayern, K. d. J., und dem k. Bezirksgerichte Donauwörth betr. (die Verwaltungsbehörden zuständig). 927—933.

10. Mai. **Bekanntmachung,** den Freundschafts-, Handels- und Schifffahrts-Vertrag mit der Republik Liberia betr. 833—834.
Hiezu: Vertrag vom 31. Oktober 1867. 835—848.

11. Mai. **Erkenntniß** des O.-A.-G. i. S. des Lederhändlers Philipp Kröner von Augsburg und Genossen gegen den Stadtmagistrat Augsburg wegen Schutzes im jüngsten Besitze, hier den bejahenden Competenzconflict zwischen der k. Regierung von Schwaben und Neuburg und dem k. Bezirksgerichte Augsburg betr. (die Verwaltungsbehörden zuständig). 939—955.

13. Mai. — — des Müllers Franz Wiesmüller zu Oberach und Genossen gegen die Landgemeinde Rehling wegen Forderung, hier den bejahenden Competenzconflict zwischen der k. Regierung von Oberbayern, K. d. J., und dem k. Landgerichte Aichach betr. (die Verwaltungsbehörden zuständig). 1055—1066

17. Mai. **Bekanntmachung,** die Einstellung der Erhebung einer Uebergangs-Abgabe von vereinsländischen Tabaken und Tabakfabrikaten im norddeutschen Bunde betr. 865—867. (S. Nr. 4 des Schlußprotokolles zum Vertrage über Fortdauer des Zoll- und Handelsvereines vom 8. Juli 1867. — Gesetzblatt pro 1866/69, S. 89 ff. — und § 9 des Zollvereinsgesetzes über die Besteuerung des Tabaks — Gesetzblatt 1866/69 Nr. 42.)

24. Mai. — — die fürstlich von Leiningen'schen Familien-Verträge betr. 961—963.
Hiezu: sechs bezügliche Urkunden. 964—1042.

2. Aug. **Erkenntniß** des O.=A.=G. i. S. des Oekonomen Georg Bäuerlein von Iphofen gegen die Stadtgemeinde Iphofen wegen Eigenthums, nun den bejahenden Competenzconflict zwischen der k. Regierung von Mittelfranken, K. d. J., und dem k. Landgerichte Marktbibart betr. (die Verwaltungsbehörden zuständig). 1633—1641.

— — — i. S. des Söldners Georg Michael Nusselt von Dürrenzimmern gegen den Gemeindevorsteher Johann Gruber daselbst wegen Forderung, nun den bejahenden Competenzconflict zwischen der k. Regierung von Schwaben und Neuburg und dem k. Landgerichte Oettingen betr. (die Verwaltungsbehörden zuständig). 1641—1646.

3. Aug. **K. Allerh. Concessions=Urkunde** für die k. privilegirte Aktien=Gesellschaft der bayerischen Ostbahnen zum Baue neuer Bahnlinien. 1465—1474. (S. Allerh. Concessions Urkunden vom 12. April 1856 und 3. Januar 1862.

— **Erkenntniß** des O.=A.=G. i. S. des Krämers Alois Bauer von Erding gegen den Gemeindevorsteher Georg Weithaus und den Lehrer Andreas Finsterer von da wegen Spoliums, nun den bejahenden Competenzconflict zwischen der k. Regierung von Oberbayern, K. d. J., und dem k. Bezirksgerichte Weilheim betr. (Competenzconflictsanregung der Verwaltungsstelle unzulässig.) 1692—1699.

— — — i. S. des Taglöhners Mathias Gerrer von Haidhausen gegen die Stadtgemeinde Schwandorf wegen Forderung, nun den bejahenden Competenzconflict zwischen der k. Regierung der Oberpfalz und von Regensburg, K. d. J., und dem k. Landgerichte Schwandorf betr. (die Verwaltungsbehörden zuständig). 1766—1772.

— — — **Bekanntmachung,** die Maßregeln zur Verhinderung des Ausbruches oder der Verbreitung der Wuthkrankheit unter den Hunden betr. 1481—1492.
Beilage hiezu: Kurze Belehrung über die Wuthkrankheit. 1493—1494.

4. Aug. **K. Allerh. Verordnung,** die Dienstzeichen der Gemeindeverwaltungsmitglieder, dann die Dienstkleidung und Abzeichen der zu polizeilichen Verrichtungen verwendeten Gemeindebediensteten in den Gemeinden diess. des Rhs. betr. 1457—1462.

— — — die Dienstzeichen und die Dienstkleidung der Gemeindebeamten und der zu polizeilichen Verrichtungen verwendeten Gemeindebediensteten in den Gemeinden der Pfalz betr. 1463—1466.

10. Aug. — — die Verhütung von Gefahren für Personen und Eigenthum bei dem Bergbau betr. (auf Grund der Art. 197 und 198 des Berggesetzes v. 20. März 1869). 1497—1516.

12. Aug. — — die Gegenseitigkeit in Strafsachen mit auswärtigen Regierungen betr. (hier mit neunzehn deutschen Regierungen). 1539—1549.

29. Sept. **Bekanntmachung,** die Errichtung eines Fideicommisses in der herzoglichen Nebenlinie des Königlich Bayerischen Gesammthauses betr. Mit Urkunde über die Constituirung des Fideicommisses vom 17. Juni 1869. 1781—1788.

2. Okt. **K. Allerh. Verordnung,** die Ausscheidung der Zuständigkeiten der Polizei-Direction, des Magistrats und der Localbaucommission München bezüglich der Polizei- und Districtsverwaltung betr. 1881—1904. (Hebt insbesondere die Allerh. V. O. vom 15. Sept. 1868, das Verhältniß zwischen der Polizeidirection und dem Magistrate der Haupt- und Residenzstadt München auf und trifft die bereits in der Allerh. V. O. vom 26. Juni 1869 im gleichnamigen Betreffe in Aussicht gestellten Normen.) 1881—1904.

3. Okt. **K. Allerh. Verordnung,** den Vollzug des Gesetzes über Erwerbs- und Wirthschafts-Gesellschaften und des Gesetzes über Actiengesellschaften, deren Unternehmen nicht in Handelsgeschäften besteht, betr. 1825—1828.

5. Okt. **Erkenntniß** des O.-A.-G. i. S. des Metzgers Johann Stadelmann von Leutershausen gegen das Metzgergewerbe daselbst wegen Antheils an der Ablösungsrente für ein Schafeweiderecht, nun den verneinenden Competenzconflict zwischen dem k. Bezirksamte Ansbach und dem k. Landgerichte Leutershausen betr. (die Gerichte zuständig). 1929—1938.

— — — i. S. der Austräglerseheleute Mathias und Therese Wörle von Bernried gegen die Bauerseheleute Johann und Josepha Strauß zu Karra wegen Forderung, hier des Spar- und Creditvereines in Ulm gegen den k. Fiscus wegen Taxforderung, nun den bejahenden Competenzconflict zwischen der k. Regierung von Oberbayern, K. d. Finanzen, und dem k. Bezirksgerichte Weilheim betr. (Ein Competenzconflict liege nicht vor). 2003.

— **Bekanntmachung,** die unmittelbare Unterordnung der Stadtgemeinde Kitzingen unter die k. Kreisregierung betr. 2010. (S. auch Bekanntmachung vom 11. November 1869, dieses Gesuch, hier die Errichtung eines Stadt- und Landgerichtes zu Kitzingen betr.)

6. Okt. — — die österreichischen Sechskreuzerstücke betr. 1817—1820.

— **K. Allerh. Entschließung,** die Auflösung des Landtages betr. (mit Bezugnahme auf § 23 Titel VII der Verfassungsurkunde und unter Vorbehalt der Anordnung einer neuen Wahl der Abgeordneten-Kammer). 1801—1804.

12. Okt. **Bekanntmachung,** die XXXVIII. Verloosung der Grundrenten-Ablösungs-Schuld betr. 1827—1829.

14. Okt. — — die Titel der Vorstände und der Rechnungsbeamten der Straf- und Polizei-Anstalten betr. 1877.

15. Okt. — — die Vermehrung der Brandversicherungs-Inspectionsbezirke betr. 1905—1906.

17. Okt. **Auslieferungsvertrag mit Belgien;** s. unterm 27. Dez. 1869.

18. Okt. **K. Allerh. Entschließung,** die Wahl der Landtagsabgeordneten betr (Bekanntmachung.) Wahltage:
a) für die Urwahlen am 16. November,
b) für die Wahlen der Abgeordneten am 25. Nov. 1869.
1833—1836.
Hiezu: Anlagen. S. 1837—1876.

21. Okt. **K. Allerh. Verordnung,** die Hausordnung für das Zellengefängniß Nürnberg betr. 1945—2000.

24. Okt. **Armee-Befehl.** 2001—2002.

29. Okt. **Bekanntmachung,** die Wirksamkeit des Gesetzes vom 10. Nov. 1861 über den Vollzug der Freiheitsstrafen durch Einzelnhaft betr. (auf Grund des Art. 15 dieses Gesetzes wird bestimmt, daß die in den Artikeln 1 bis 13 desselben enthaltenen Bestimmungen mit 1. November 1869 in Wirksamkeit treten. 2017—2018.

30. Okt. — — die XXXVIII. Verloosung der 4 %igen Grundrenten-Ablösungs-Schuldbriefe betr. 2033—2038.

5. Nov. **K. Allerh. Verordnung,** den Gewerbsbetrieb im Umherziehen und den Hausirhandel betr. (auf Grund des Art. 23 des Gewerbsgesetzes: Erweiterungen der Allerh. V. O. vom 28. April 1868 im gleichen Betreffe). 2137—2140.

— — — die Cautionen der Steuer- und Gemeinde-Einnehmer dann der besonderen Einnehmer der Gemeinden und örtlichen Stiftungen in der Pfalz betr. 2049—2054.

8. Nov. **Erkenntniß** des O.-A.-G. i. S. des Müllers Fortunat Holzmayer von Thierham gegen den Winkelmüller Anton Kigle und den k. Rentbeamten Adrian Kern zu Aibling wegen Spoliums, nun den bejahenden Competenzconflict zwischen der k. Regierung von Oberbayern, K. d. Finanzen, und dem k. Landgerichte Aibling betr. (die Gerichte zur Zeit nicht zuständig). 2153—2161.

— — — i. S. der Schulgemeinde Rattenbach gegen den Schullehrer Joseph Metzger zu Gindelkofen wegen Entschädigung, nun den bejahenden Competenzconflict zwischen der k. Regierung von Niederbayern, K. d. J., und dem k. Bezirksgerichte Landshut betr. (die Verwaltungsbehörden zuständig). 2141—2149.

8. Nov. **Erkenntniß** des O.-A.-G. i. S. des Seifensieders Wilhelm Geyr in Redwitz gegen die Marktgemeinde Redwitz wegen Schutzes im jüngsten Besitze, nun den bejahenden Competenzconflict zwischen der k. Regierung von Oberfranken, K. d. J., und dem k. Landgerichte Wunsiedel betr. (die Gerichte zuständig). 2099—2106.

11. Nov **Bekanntmachung,** das Gesuch der Stadtgemeinde Kitzingen um die unmittelbare Unterordnung unter die Kreisregierung, hier die Errichtung eines Stadt- und Landgerichtes zu Kitzingen betr. 2065—2067. (S. auch Bekanntmachung vom 5. Okt. 1869.

14. Nov. **Bekanntmachung,** den Schuldenstand der Gemeinden am Schlusse des Jahres 1868 betr. 2073—2074.
Hiezu: Zusammenstellung dieses Schuldenstandes nach den Rechnungsabschlüssen für das Jahr 1868. 2075—2086.
— — — die Auseinandersetzung des Schuldenwesens des deutschen Johanniter-Ordens betr. 2067—2068.
20. Nov. **K. Allerh. Verordnung,** das Tragen der Ordenskleidung und des Ordenszeichens bei dem königlichen Damenstifte zur heiligen Anna in München betr. 2321—2324.
— **K. Allerh. Entschließung,** die Versammlung der Landräthe für das Jahr 1870 betr. (auf 6. Dezember 18(9). 2097—2100.
21. Nov. **K. Allerh. Verordnung,** den Vollzug des Gesetzes vom 29. April 1869, die Militärstrafgerichtsordnung betr. 2177—2188.
In der nämlichen Nummer des Regierungsblattes von 1869 ist:
— — vom 8. April 1868, Disciplinarstrafordnung für die bewaffnete Macht des Königreiches betr. 2189—2224. (S. sub. 8. April 1868.)
23. Nov. — — die Normal-Eichungs-Commission, die Verificatoren, die Stempel- und Eichzeichen, die Eichgebühren, die Maß- und Gewichts-Visitationen betr. 2113—2134.
Hiezu: Gebührentaxe für das Eichen und Stempeln der Maße, Gewichte und Waagen. 2133—2136.
(S. Bekanntmachung vom 3. Dezember 1869, die Bildung der Normal-Eichungs-Commission betr.)
27. Nov. — — die oberste Leitung und Beaufsichtigung der Strafanstalten des Königreiches betr. (ging auf das Justizministerium über, wegen Aufhebung des § 58 der V. O. vom 17. Dez. 1825 über die Formation ꝛc. ꝛc. der obersten Verwaltungsstellen in den Kreisen betr., dann des § 74 lit. b der V. O. vom 9. Dez. 1825, die Formation der Ministerien betr.). 2139—2140.
3. Dez. **Bekanntmachung,** die Bildung der Normal-Eichungs-Commission betr. (zum Vollzuge der Allerh. V. O. vom 23. Nov. 1869). 2169—2171.
10. Dez. — — die Wahlen der Mitglieder der Notariatskammern in den Landestheilen diess. d. Rhs. betr. (die Wahl- und Functionsperiode der 1871 neu zu wählenden Mitglieder habe vom 1. Oktober 1871 bis 31. Dezember 1874 zu dauern, von da an sei die 3jährige in § 9 der Allerh. V. O. über die Notariatskammern vom 2. Sept. 1862 vorgeschriebene und jedesmal mit 1. Januar des betr. Jahres anfangende Dauer wieder einzuhalten). 2225—2227.
11. Dez. — — die Posttransport-Ordnung für das Königreich Bayern betr. [ändert die §§ 31, 60 und 66 der Posttransport-Ordnung vom Jahre 1868, Regierungsblatt von 1868 (S. 1801—1990)], 2227—2230.
12. Dez. — — die Verloosungen der bayerischen Staatsschuld im Jahre 1870 betr. 2251—2253.

Regierungsblatt von 1870,

(soweit dasselbe Erlasse ꝛc. aus dem Jahre 1869 enthält).

Wegen des kleinen Umfangs dieses Nachtrags folgt ein Sachregister erst mit dem nächsten Nachtrage.

Druck der Dr. Wild'schen Buchdruckerei (Gebr. Parcus).